Nr. 43 — Halle (Saale), Freitag den 20. Februar 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Bebels letzte Arbeit.

Mit Wehmut nimmt man den dritten Teil von Bebels merkwürdigem Werke Aus meinem Leben in die Hand. Mitten reißt dieses Buch ab, dort wo es einem Höhepunkt entgegeneilt, um nach immer höheren Gipfeln zu streben, wie dieses wunderbare Leben, das Bebel schildern wollte ....

Doch hat auch dieses Buch seine Abrundung und die nicht gewollte Beweisführung, daß Bebel der weitaus Beste des deutschen Proletariats war. Die schwerste und in ihren inneren Zusammenhängen unbekannteste Leidensperiode des deutschen Proletariats schildert uns August Bebel: Die ersten Jahre des Sozialistengesetzes.

Wer dieses Buch liest, dem zeigt es, daß dort die größten Leitungen Bebels waren, wo sie der breiten Oeffentlichkeit, ja, von den nächsten Freunden abgesehen, seinen Parteigenossen unbekannt geblieben waren. In den Zeiten des völligen Zusammenbruches fast alles dessen, was den Namen Arbeiterorganisation verdient hatte, in diesen Zeiten völligen Versiegens aller Einnahmen für die Zwecke der Arbeiterbewegung und doch der Notwendigkeit großer Auslagen für die zahlreichen um ihre Existenz gebrachten Personen, die ihre Kraft der Arbeiterbewegung widmeten, für hunderte Familienväter, die auf Grund des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen wurden, in diesen Zeiten war August Bebel im ganzen Sinne des Wortes die einzige und vollkommene Verkörperung der deutschen Arbeiterbewegung. Er schaffte Geld, er schaffte Rat, er organisierte, er machte Mut den Schwankenden und Verzagenden, er hielt Ordnung und Disziplin, er, der so oft der überradikal Gescholtene, war der taktvolle, stets von Verantwortlichkeitsgefühl erfüllte, allen Gefahren ins Auge schauende, aber um die Vermeidung jedes Unheils besorgte weitsichtige Führer.

Freilich, **wer da meint, daß das alles so klar in dem Buch steht, der kennt Bebel schlecht. Vieles muß man erraten und kombinieren, denn nicht zuletzt ist Bebel darin in seinem** ganzen Wesen ein echter Sozialist und ein voller Demokrat, daß er seine Persönlichkeit — selbst in seiner Lebensbeschreibung — soweit es nur irgendwie möglich ist, zurücktreten läßt, indem er von den Massen, von den anderen führenden Personen, wenn es nur irgend angeht, mehr spricht, als von sich.

Eine ganze Reihe von Urkunden, Briefe an und von Engels, Auer, Vollmar, Bernstein bringt dieses Buch. Auch wer die Zusammenhänge kennt, wer Beziehungen zu finden versteht, wer sich in die Zeit zurückzuversetzen weiß, wer sie schon bewußt, wenn auch als Jüngling, mit erlebt hat, wie der Schreiber dieser Zeilen, der erkennt doch nun erst vollkommen, was Bebel damals der deutschen Arbeiterklasse war. Da erfährt man, **wie er kraftvoll auch vor den höchsten Autoritäten in der Partei seinen Klugen und überlegten Standpunkt vertrat.** Auch Marx und Engels mußten Zurechtweisungen und kräftige Belehrungen von Bebel hinnehmen, den damals überrevolutionären Draufgänger Vollmar mahnte und zügelte Bebel freundschaftlich und ebenso suchte er Höchberg und Bernstein, die in der ersten Zeit des Sozialistengesetzes zur versöhnlichsten Taktik rieten, klar zu machen, daß diese in jenen Jahren erst recht ganz ausgeschlossen sei. Was das Merkwürdigste ist, der Ton der Briefe ist bei aller Bestimmtheit von einer oft überraschend sanften Ueberredungskunst. Selbst dort, wo Bebel sehr unzufrieden sein muß, verläßt ihn in keinem der Briefe der kameradschaftliche Sinn. Er ist ein Menschenbeherrscher, aber er war durchaus ein Demokrat, ein Mann, der durch die Gründe und Einsicht wie durch seine Ueberredung lenken, niemals durch seine Autorität, niemals durch eine Anordnung oder gar durch einen Befehl wirken will. Nicht zuletzt zeigt sich da seine Größe, er drillt nicht, er erzieht.

Er sucht alles zu verstehen, er begreift, daß in der Partei nicht eine Meinung herrscht, er versteht, daß sich gerade in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes bei dem vollständigen Fehlen der Oeffentlichkeit, bei der Unmöglichkeit der Erörterung von Parteifragen Mißverständnisse, Streitigkeiten, ja selbst Spaltungsgefahren ergeben müssen. Er bedauert das, aber er versteht es. Er jammert nicht, weil er mit den gegebenen Tatsachen rechnet. Wenn es für den Schreiber dieser Besprechung, der ein Lebensalter Bebel gekannt hat, möglich gewesen wäre, daß seine Liebe und Verehrung für Bebel noch wachsen könnte, so würde das durch dieses Buch geschehen.

Es ist sehr reich, es enthält viel wichtiges und bedeutsames, es wirft auf scheinbar gut bekanntes ein ganz neues Licht, es unterrichtet über vieles völlig anders, als es die entweder damals Fernstehenden oder erst später Hinzugekommenen gekannt hatten. Deshalb schon wäre dieses Buch, ganz abgesehen von allem Persönlichen, eine wertvolle Bereicherung der so großen und noch lange nicht ausgeschöpften Hinterlassenschaft August Bebels für die deutsche Arbeiterklasse. Sein letztes Werk sollte zahlreiche emsige und ernste Leser finden, die nachdenken über das, was ein Mann von Pflichtgefühl, ein Mann, der an seine Klasse denkt und für seine Klasse lebt, in schwersten Zeiten dem Proletariate werden kann.

Unvergänglich wäre das Verdienst eines Bebel gewesen, wenn er auch bloß das geleistet hätte, was man aus diesem letzten Bande seiner Lebensbeschreibung mehr erraten als ersehen kann. Doch hat dieser Mann vorher schon so großes geleistet, daß er unbestritten der erste Vertrauensmann der deutschen Arbeiterklasse war, als das Sozialistengesetz über sie hereinbrach.

Dreißig Jahre unermüdlichen Wirkens hat er noch dem deutschen Proletariat gewidmet nach der Zeit, die in dem dritten und leider letzten Bande seiner Lebensbeschreibung dargestellt wurde.

Das Werden des Sozialistengesetzes, seine ersten Wirkungen, die ja auch die Zerstörung der Gewerkschaften zeitigten, die ersten Beweise dafür, daß das Sozialistengesetz die Hoffnungen der Gegner nicht erfüllen werde, die schwere Gründungszeit der sozialistischen Presse im Auslande und die parlamentarischen Kämpfe im Reichstage wie im sächsischen Landtage, das rücksichtslose Gebaren der Polizei, die Auseinandersetzungen mit Marx und Engels, mit Vollmar und Höchberg in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes, die niederdrückenden Wirkungen des Belagerungszustandes über den Zentren der Bewegung, die Schwierigkeiten innerhalb der Partei, aber auch ihre innere Kräftigung und finanzielle Sicherung, all das und vieles andere findet man in diesem Buche, dessen Inhalt nicht so bald erschöpft sein wird, dessen Wirkung auch noch auf spätere Generationen überfließen wird.

Ist das Buch auch vor allem parteigeschichtlich zu werten, so ist es auch für die allgemeine deutsche Geschichte von großer Wichtigkeit, auch vieles persönlich Bedeutsame enthält es. Damit ist aber noch lange nicht alles wichtige über das Buch gesagt. Wirtschaftsgeschichtliche, statistische Betrachtungen, ökonomische Erwägungen, kritisches Material für die Gesetzgebung, vieles andere noch findet sich in dem Buche. Kommt auch das rein menschliche weit mehr zu kurz als es die deutschen Arbeiter wünschen müssen, so trägt doch Bebel manchen außerordentlich charakteristischen Zug zu seinem eignen Bilde bei, so wenn er von Frau und Kind spricht, so wenn er erzählt, wie auf ihn persönlich die Brutalitäten der Verfolgung wirkten. Aber gerade dadurch erscheint er, mir wenigstens, besonders groß, daß ihn all der Zorn und all die Wut, die ihn erfüllen, niemals aus der Klugheit und aus der weisen Führung der Partei herausreißen können. Man kann ihn auf das schmerzhafteste treffen und er kann das auf das härteste empfinden, seinem Schmerze und Zorne, ja seiner Wut Ausdruck geben, aber er läßt sich nicht provozieren, er weiß immer, was er der Arbeiterklasse schuldig ist, er verliert nicht seinen klugen, nüchternen Verstand, er läßt sich nicht aus dem Weg herausreißen, er hält die anderen von unüberlegten Taten zurück.

So ist dieses Buch ein Buch für die Massen, aber ebenso ein Buch für die Führer. Ich glaube, es gibt niemanden unter uns, der nicht aus diesem Buche vieles, sehr vieles lernen könnte, der nicht in dem Buche manches finden könnte, was ihn zu einem besseren und hingebungsvollen Verfechter der Arbeiterinteressen machen würde. Dr. Ad. Braun.

*

Karl Kautsky hat das Buch den Anordnungen Bebels entsprechend herausgegeben. Taktvoll und voll Liebe ist sein Vorwort geschrieben. Besonders bemerkenswert ist das Nachwort, das u. a. weitere wertvolle Briefe, die zwischen Bebel und Engels getauscht wurden, mitteilt. Wir möchten schließen mit den Worten Kautskys, die das Buch zum Abschluß bringen:

Wenn wir seiner gedenken, finden wir keinen häßlichen Flecken, ja nicht einmal einen Mißerfolg, der sein leuchtendes Bild in der Erinnerung trüben könnte. Niemand übte strengere Kritik an sich als Bebel, niemandes Handeln konnte strengere Kritik bestehen, als das seine.

Um die Militärdiktatur.

Die Arbeit der Zabern-Kommission.

Die am 28. Januar vom Reichstagsplenum beschlossene Kommission zur Beratung der Anträge, die die Regelung der militärischen Machtbefugnisse sowie Einschränkung oder Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit betreffen, ist endlich zu ihrer ersten Sitzung am Mittwoch zusammengetreten. Der Vorsitzende der Kommission, der nationalliberale Abg. Beck, hat die Kommission nicht eher einberufen, weil bei den Besprechungen mit der Regierung über die Frage, ob sie Vertreter in die Kommission entsenden werde, keine Klarheit bestand. Die Regierung hat sich schließlich dem Druck der Zirkus-Busch-Leute gefügt: Kein Vertreter des Kriegsministeriums ist in der Kommission anwesend; nur der Direktor im Reichsjustizamt Delbrück ist, gewissermaßen als Wachtposten, in die Kommission entsandt.

Die Sitzung begann mit einer ausführlichen Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Fehrenbach (Ztr.) stellte folgenden Antrag:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, der Kommission das Material vorlegen zu wollen, aus welchem die für die einzelnen Bundesstaaten zur Zeit geltenden Gesetze und Vorschriften über das Eingreifen der militärischen Gewalt zu polizeilichen Zwecken ersehen werden können, und weiter mitzuteilen, welche Schritte seitens der Reichsregierung zur Herbeiführung einheitlicher Vorschriften geschehen sind und zu welchem Ergebnis dieselben geführt haben.

Abg. Westarp (kons.) erklärte, er schließe sich dem Ersuchen um Auskunftserteilung nicht an, da die militärische Kommandogewalt allein über diese Angelegenheiten zu entscheiden habe. — Abg. Frank (Soz.) wendet sich unter Hinweis auf die Bestimmungen der Reichsverfassung gegen diese Auffassung, die das Recht des Reichstages völlig verkennt. Er hält die Materialbeschaffung wohl für wünschenswert, vorausgesetzt, daß dadurch keine Verschleppung der Beratungen beabsichtigt wird. — Abg. Müller-Meiningen (Volksp.): Materialbeschaffung sei eigentlich nicht erforderlich. Es müsse sogleich die Frage entschieden werden, ob der Waffengebrauch des Militärs durch die Gesetzgebung einheitlich im Reiche oder durch bloße militärische Dienstanweisung geregelt werden soll. Es sei bezeichnend, daß kein Vertreter der Heeresverwaltung anwesend ist. — Abg. Liebknecht (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen jede Verschleppung. — Abg. Fehrenbach (Zentr.) betont, daß seine Partei in erster Linie für partikularrechtliche Regelung ist; erst wenn diese nicht eintrete, komme ein Reichsgesetz in Frage.

Direktor im Reichsjustizamt Delbrück teilt mit, daß er im Auftrage des Reichskanzlers anwesend sei, und er gibt folgende Erklärung ab:

Ich bezweifle nicht, daß der Reichskanzler bereit sein wird, wegen der Beschaffung des gewünschten Materials sich mit den Bundesregierungen alsbald in Verbindung zu setzen und das beschaffte Material der Kommission vorzulegen. Was die vom Herrn Reichskanzler am 23. Januar in Aussicht gestellte Revision der Instruktionen von 1899 anlangt, so ist sie alsbald in Angriff genommen und wird binnen kurzem abgeschlossen sein. Ueber die Herstellung einer sachlichen Uebereinstimmung mit den entsprechenden Instruktionen der außerpreußischen Kontingente finden Besprechungen statt.

Abg. v. Liszt (Vp.): Die Dienstvorschrift von 1899 selbst ist durch den Kriegsminister gegengezeichnet, womit bewiesen ist, daß es sich nicht um einen Ausfluß der Kommandogewalt handelt. Das Reichsjustizamt hat ein Gutachten über diese Fragen an den Reichskanzler erstattet; eine langwierige Materialbeschaffung würde nur Verschleppungsabsichten dienen. — Abg. Liebknecht wünscht, daß für die Materialbeschaffung höchstens eine Woche Zeit gegeben werden soll. — Abg. Müller-Meiningen: Wenn die Regierung sachlich mit der Kommission arbeiten wollte, so hätte sie längst das Material zusammengestellt; sie schickt aber nicht einmal einen militärischen Vertreter her. — Abg. Beck als Vorsitzender erklärt, er sei zunächst des Glaubens gewesen, daß auch das Kriegsministerium vertreten sein werde. Das habe sich zuletzt geändert (auf Oldenburgs Geheiß! — D. Red.). — Abg. Fehrenbach (Ztr.): Bis etwa Mitte März könne man sich vielleicht gedulden, ob die Regierung eine befriedigende Regelung schafft.

Nach weiterer Debatte gibt Direktor Delbrück folgende wichtige Erklärung ab:

Der von den Herren Abgeordneten Ablaß und Genossen vorgeschlagene, der Kommission zur Beratung überwiesene Gesetzentwurf beschränkt sich nicht auf das nach Artikel 4 Nr. 14 der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung unterliegende Gebiet des Militärwesens, sondern greift, insofern er die Grenzen der Militär- und Polizeigewalt näher umschreiben will, in Rechtsgebiete über, die der Zuständigkeit des Reiches entzogen sind. Seine Verabschiedung würde nur im Wege einer Aenderung der Reichsverfassung, also nur unter Beachtung der besonderen Form des Artikels 78 der Reichsverfassung erfolgen können. Die Zustimmung der Verbündeten Regierungen zu einer solchen Verfassungsänderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.

Gemäß der Stellung, die die verbündeten Regierung bei Initiativanträgen stets einnehmen, werden sie sich an den Beratungen sachlich nicht weiter beteiligen. Der Herr Reichskanzler wird aber das Reichsjustizamt beauftragen, zu den Kommissionsberatungen Vertreter zu entsenden, damit erforderlichenfalls über die rechtlichen Verhältnisse Auskunft erteilt werden kann.

Hierauf erklärten verschiedene Mitglieder der Kommission: durch diese Aeußerung der Regierung seien alle ihre Befürchtungen bestätigt. Die Regierung übe passive Resistenz gegen die Arbeiten der Kommission. Es müsse ohne Verzug in die Beratung des Antrages eingetreten werden, damit der Reichstag wenigstens seinen Standpunkt wahrt. Der Vorsitzende bemühte sich, die Haltung der Regierung in milderem Lichte erscheinen zu lassen, die Regierung wolle nicht brüskieren, sie habe nur eine andere Auffassung. Das Zentrum wünschte, daß zunächst den Fraktionen Zeit gegeben wird, sich über die veränderte Sachlage zu beraten. Die Kommission beschloß, die Beratung abzubrechen und die nächste Sitzung am 26. Februar abzuhalten. Der Antrag Fehrenbach auf Materialbeschaffung durch die Regierung wird gegen die konservativen Stimmen angenommen.

Der Verlauf der Sitzung zeigt, daß die Regierung, dem Drucke der konservativen Diktatoren folgend, an einer reichsgesetzlichen Regelung der militärischen Machtbefugnisse überhaupt nicht mitwirken will. Es wäre die Aufgabe der Kommission und sodann des Reichstages selbst, gleichwohl durch Ausarbeitung eines Reichsgesetzes den Weg zu zeigen, wie sowohl den einzelstaatlichen Sonderbestimmungen, als vor allem auch den Willkürlichkeiten der Kommandegewalten ein Ende zu bereiten ist. Die Stellungnahme der Nationalliberalen und des Zentrums läßt allerdings keine Hoffnung zu, daß dieser allein richtige Weg beschritten wird.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 19. Februar 1914.

Das Ende der Justizdebatte.

Reichstagsbrief. C. B. Die Frau Hamm, die in der letzten Zeit so viel genannt worden ist, ist seit sechs Jahren im Zuchthaus zu Siegburg und erst in acht Jahren wird sie die Strafe verbüßt haben, zu der sie sicherlich unschuldig verurteilt worden ist. Donnerstag wird der Reichstag darüber verhandeln, nachdem der Staatssekretär erklärt hat, daß er an der Beratung nicht teilnehmen werde, weil es sich wegen der beantragten Wiederaufnahme „um ein schwebendes Verfahren" handele.

Im übrigen ist die Generaldebatte zu Ende geführt worden. Von den Nationalliberalen sprach Herr List, der besonders für den sechten Reichsanwalt plädierte und die freie Advokatur verteidigte.

Herr Dr. Oertel sprach mit besonderem Nachdruck von dem notwendigen Schutze der persönlichen Ehre und — selbstgefälliger als verständnisvoll — von den angeblichen Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0001

schreitungen der freien Kunst. Der konservative Humorist fand dabei nicht viel Gelegenheit zu seinen oft wenig geschmackvollen Witzen. Was er an künstlerischem Wissen und Glauben vorgebracht hatte, wurde vom folgenden Redner, dem Fortschrittler Dr. Müller-Meiningen sehr geschickt widerlegt. Der fortschrittliche Redner zeigte unter Hinweis auf die praktischen Beispiele einer reichen Sammlung, die auf dem Tische des Hauses ausgebreitet war und von vielen Abgeordneten bewundert wurde, wie unerhört das Vorgehen der Polizei und die Rechtsprechung, namentlich der 12. Berliner Strafkammer, ist, eine Rechtsprechung, die in ihrer Maßlosigkeit vom Reichsgericht erfreulicherweise korrigiert worden ist.

Nach dem Staatssekretär, der von allerhand Schwierigkeiten sprach, denen der Kampf gegen den Schmutz im Bilde begegne, kam der dritte sozialdemokratische Redner, Genosse Heine, zu Wort. Unser Redner zeigte zunächst, wie gefährlich die von Dr. Oertel erhobene Forderung nach dem erhöhten Schutz der persönlichen Ehre sein muß. Wie unverständlich die Judikatur des Reichsgerichts auf diesem Gebiete ist, beweisen Fälle, wie das Urteil im Kölner Polizeiprozeß. Aeußerst wirkungsvoll polemisierte Heine, der gleichfalls eine reiche Sammlung ausgestellt hatte, gegen die Gegner der Freiheit der Kunst, deren Argumente gelegentlich auch in politischen Kampf Verwertung finden könnten.

Herr Dr. Gerlach vom Zentrum verlas eine Rede über die Irrenpflege, die das Gegenteil sagte von dem, was Herr Dr. Belzer so stark unterstrichen hatte. Mit gutem Humor meinte Herr Dr. Dove von der Fortschrittlichen Volkspartei, daß diese Auseinandersetzung innerhalb der Zentrumsfraktion am Platze gewesen wäre.

In einigen kurzen Bemerkungen wandte sich Genosse Sachse gegen die Angriffe des Herrn Mertin. Nach Erledigung des Falles Hamm wird Donnerstag der Marineetat zur Beratung gelangen

Sklavenhandel, Arbeitszwang, Ausrottung der Eingeborenen.

Das ist deutsche Kolonialpolitik!

Am Mittwoch wurde in der Budgetkommission des Reichstags mit der Beratung des Etats für das Reichs-Kolonialamt begonnen. Lebhafte Klagen und Beschwerden über Haussklaverei und Sklavenjagden in den Kolonien wurden vom Abg. Mumm (W. V.) an der Hand von Missionsberichten vorgetragen. Danach werden die Eingeborenen von Polizisten gefangen, gefesselt, nach den Plantagen geschleppt und zur Arbeit gepreßt, die ihre Gesundheit untergräbt und eine ungewöhnlich hohe Sterblichkeit bewirkt. Eine grauenhafte Verwüstung von Menschenmaterial, ohne jede Rücksicht auf das Familienleben und die Wirtschaft der Eingeborenen, werde verübt; alle Gesetze der Menschlichkeit würden mit Füßen getreten. — Genosse Noske sprach seine Genugtuung darüber aus, daß das Material des Herrn Mumm die Berechtigung der seither von sozialdemokratischer Seite erhobenen Klagen bestätige. Die Eingeborenen seien der Willkür und Profitgier der Plantagenbesitzer schutzlos preisgegeben. Wohl sei vom grünen Tisch aus durch Arbeitsordnungen das Los der Eingeborenen zu mildern versucht worden, die Regierung selbst aber lasse zwangsweise Arbeiter wie Viehherden zur Leistung von Staatsarbeiten zusammenschleppen. Die Folge sei eine erschreckende Verminderung der Eingeborenen durch Flucht, Sterblichkeit und Degeneration. Amtliche Scheine attestierten das Bestehen des Sklavenhandels unter den Augen und dem Schutze der Regierung. — Abg. Erzberger (Zentr.) bestätigte, daß haarsträubende Zustände in den Kolonien bezüglich des Sklavenhandels bestünden; ganze Dörfer und Siedelungen seien ausgestorben und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Der Bischof von Kamerun habe erklärt, daß die Zustände von Jahr zu Jahr furchtbarer geworden seien. Die Verordnungen der Regierung fänden weder bei Beamten noch Pflanzern Beachtung. Reden nütze nichts. Wenn die Regierung nicht Remedur schaffe, werde er kein Geld für Kolonialzwecke bewilligen können. Das Ausrottungssystem schreie zum Himmel und sei eine Schande für die deutsche Kolonialpolitik vor der ganzen Welt. — Genosse Ledebour hob nachmals hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion stets darauf hingewiesen habe, es werde zu einer solchen Vernichtung der Eingeborenen kommen, wie sie jetzt auch von drei bürgerlichen Parteien konstatiert worden sei. Wenn das Zentrum endlich einmal standhaft bleiben würde, könnte diesen scheußlichen Zuständen in den Kolonien ein radikales Ende gemacht werden. Dazu reichten allerdings Resolutionen nicht aus. Es müsse da schon zur Verweigerung der Mittel für die Kolonialverwaltung geschritten werden. — Der Staatssekretär Dr. Solf bemerkte, die Kolonialverwaltung habe in der hier zur Verhandlung stehenden Frage dieselbe Auffassung, wie sie von den verschiedenen Rednern vorgetragen worden sei. Er habe Erlasse an die Gouverneure gesandt, in denen er sich scharf gegen den Arbeitszwang der Schwarzen gewandt habe. Die Gouverneure seien angewiesen, Arbeitszwang unter allen Umständen zu verhindern. Es sei ihm zwar nicht amtlich, aber auf andere Weise bekannt geworden, daß in Ostafrika Arbeitszwang vorgekommen sei, und er habe eine strenge Untersuchung darüber eingeleitet. Der Erwerbssinn verschiedener Weißer kollidiere eben immer noch mit dem Humanitätssinn der Verwaltung. — Diesen Worten folgt aber keine Abhilfe, so daß diese Grausamkeiten bestehen bleiben.

Landrats- und Unsittlichkeitsdebatte.

Im preußischen Dreiklassenhause gab es am Mittwoch eine Debatte über das unerschöpfliche Kapitel „Landräte". Der Fortschrittler Wenke äußerte sich über die Tätigkeit dieser eigentlichen Landesherren mit der Erbitterung des gekränkten Bürgers. Genosse Leinert kritisierte zunächst die Verquickung der Funktion des Landrates mit der des Vorsitzenden des Versicherungsamts, wodurch der Landrat in vielen Versicherungssachen, namentlich landwirtschaftlicher Art, zum Richter in eigener Sache gemacht werde. Dann brachte unser Redner eine Fülle von neuem Material für die kunstvolle Eskamotierung des Reichsvereinsgesetzes durch die Verwaltungsbehörden vor, geißelte die systematische Verfolgung der Arbeiterbewegung, namentlich des Landarbeiterverbandes, und warf grelle Schlaglichter auf die Handhabung der Gesindeordnung in ausschließlichem Interesse der Großgrundbesitzer. Eine Hoffnung auf Besserung vermochte er nicht zu äußern, und so rief er den Landräten zu, nur so weiter zu arbeiten — zum großen agitatorischen Nutzen der Sozialdemokratie! Der Konservative v. Goßler hielt dann eine alljährliche Verteidigungsrede für seine adeligen Standesbrüder in der Landesverwaltung. Ein Schlußantrag löste die weitere Debatte.

Nun begann eine richtige Dreiklassenerörterung: Die Unsittlichkeit in den Großstädten hat es den Herren angetan, und just in der landwirtschaftlichen Woche entrüsteten sich die Redner der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen über den Sündenpfuhl Berlin und forderten alle möglichen Polizeimaßnahmen gegen Kabaretts, Kinos, Animierkneipen usw. Der Minister von Dallwitz, der auf die schweren Klagen der Opposition über die Amtsführung seiner Landräte nichts erwidert hatte, sagte hier natürlich sofort schleunige Hilfe zu. Der Fortschrittler Kanzow bewies wenigstens die Einsicht, zu erklären, daß die Prostitution nur durch soziale Maßnahmen bekämpft werden kann. — Donnerstag spricht Liebknecht zu dieser Sache.

Aufhebung der Wahlfreiheit.

Ein geradezu ungeheuerlicher Versuch, die Wahlfreiheit eines Teiles der Wähler zu beseitigen, ist am Mittwoch in der Wahlprüfungskommission des Reichstags aufgedeckt worden. Es handelte sich um die Wahl des konservativen Abgeordneten Hoesch, der den Wahlkreis Osterburg-Stendal im Reichstage vertritt. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Hoesch 10 512, Fuhrmann (altnational.) 8621, Beims (Soz.) 7434. In der Stichwahl siegte dann Hoesch mit 13 288 gegen Fuhrmann, der es auf 10 905 Stimmen brachte. Gegen diese Wahl ist sowohl von sozialdemokratischer, wie auch von nationalliberaler Seite Protest eingelegt worden. Der sozialdemokratische Protest rügt, daß die kgl. Eisenbahndirektion Hannover in den Eisenbahnwerkstätten ein Plakat aushängen ließ, auf dem für den Besuch sozialdemokratischer oder anderer „ordnungsfeindlicher" Versammlungen die Dienstentlassung angedroht war. Dieser skandalöse Versuch, die Wahlfreiheit zu beseitigen, wurde von den Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Polen scharf bekämpft. In diesem Falle liege amtliche Wahlbeeinflussung in der krassesten Form vor. Den Behörden müsse gezeigt werden, daß sie kein Recht haben, die Wahlfreiheit mit Füßen zu treten. Abg. Stücklen (Soz.) beantragte schließlich, die Wahl wegen amtlicher Wahlbeeinflussung sofort zu kassieren. Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter des Zentrums billigten es, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnverwaltung entrechtet werden.

Der nationalliberale Protest stützte sich darauf, daß ein konservativer Wahlaufruf von einer großen Anzahl Amtsvorsteher unter Hervorhebung ihres Amtstitels unterschrieben worden ist. Die Kommission erblickte darin eine amtliche Wahlbeeinflussung. Das ziffernmäßige Resultat soll erst noch festgestellt werden.

Zur Wahlparole in Jerichow.

Die Magdeburger Ortsgruppe des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten hat folgende Wahlparole ausgegeben:

„Die liberalen Arbeiter und Angestellten fordern wir auf, sich Mann für Mann am 20. Februar an der Stichwahl zu beteiligen. Die unerhörte Kampfesweise der Konservativen und Antisemiten, das Verhalten dieser Parteien im 6. lippischen Reichstagswahlkreise, die maßlosen Angriffe der Führer des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch in Berlin gegen den Liberalismus aller Schattierungen, sowie endlich die gesamte politische Situation machen es den liberalen Arbeitern und Angestellten zur Pflicht, die Wahl des konservativen Kandidaten, Herrn Schiele, mit allen Kräften zu verhindern. Keine Stimme der Reaktion!"

Im Gegensatz zu dieser klaren Stichwahlparole der liberalen Arbeiter, die auch der von der fortschrittlichen Parteileitung ausgegebenen Parole entspricht, scheint der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei im Genthin den Konservativen noch eine Brücke bauen zu wollen. Er erläßt für den Kreis Jerichow II einen Aufruf, indem es zum Schluß heißt:

„Indem wir die Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei auf diese Tatsachen verweisen, stellen wir ihnen anheim, ihre Stimme bei der Entscheidung so abzugeben, wie es die politische Lage und die Rücksicht auf die Mehrheitsbildung im Reichstag erfordert."

Da die Liberalen ihre Anhänger früher immer nach rechts trieben, so sagt dies „Anheimstellen" und die „Rücksicht auf die politische Lage" gar nichts Klares. Einige liberale Organe freilich, wie das Berliner Tageblatt und die Naumannsche Hilfe, sagen klipp und klar, die fortschrittlichen Wähler müßten für den Sozialdemokraten Haupt stimmen. Ob die liberalen Wähler verstehen werden, daß die Parole ihrer Partei in ihre Hand gegeben ist, wird sich am Freitag zeigen. Die Wahl hat grundsätzliche Bedeutung!

Deutsches Reich.

— **Fanatischer Religionskrieg.** Darüber ist schon berichtet worden, daß der Wahlkampf im 7. badischen Wahlkreis (Offenburg) vom Zentrum mit einer beispiellosen religiösen Hetze betrieben worden ist. Bis zu welchem Grade die katholischen Massen aufgepeitscht worden sind, zeigt eine Episode, die sich am Stichwahltage abends in Offenburg zutrug. Das Zentrum hatte nicht mit Bestimmtheit auf einen Sieg gerechnet und so machte die Kunde von dem nun doch errungenen Siege die im Unionssaal zu Offenburg (katholisches Vereinshaus) versammelten ultramontanen Wähler geradezu toll. Die Massen sprangen auf die Tische; es entstand ein wüstes Gebrüll, das nur durch Böllerschüsse, die man draußen auf der Straße abfeuerte, übertönt wurde. In der Nähe befindet sich der Pfarrhof der protestantischen Gemeinde. Vor der Wohnung des protestantischen Geistlichen wurde besonders wüst geschossen und gebrüllt. Als der Vikar Wünsch zum Fenster hinausfah, hörte er den Ruf: „Da oben wohnt auch noch einer von der evangelischen Stadtpfarrei!" Das Offenburger liberale Tageblatt, das diese Vorgänge schilderte, berichtet, daß ein Revolverschuß auf den Vikar abgegeben wurde. Die Kugel zertrümmerte ein Fenster seiner Wohnung. — Schlimmer kann die religiöse Hetze in der Tat nicht betrieben werden. Der einzige Lichtblick ist noch, daß trotz dieser Aufpeitschung des religiösen Fanatismus das Zentrum in dem zu drei Vierteln katholischen Wahlkreise nur mit einer Mehrheit von 80 Stimmen siegte.

Frankreich.

Das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit sollte nach den Angaben seiner Urheber zur Auffüllung der stark geschwächten Kadres im Heere dienen. Als sich nun herausstellte, daß die Aushebungen mehr Mannschaften ergaben, bildete man einfach neue Bataillone und Truppenabteilungen; dadurch ist nun wieder eine neue Regelung und Vermehrung des Heeres notwendig geworden. Ein der Kammer vorgelegter Gesetzentwurf verlangt nun zwei neue Zuavenregimenter, die Vermehrung der Kompagnien der Alpenjägerbataillone, zwei Regimenter Chasseurs d'Afrique, Vermehrung der Artillerie in Afrika und endlich fast eine Verdoppelung des Geniekorps. So geht die unendliche Schraube des Militarismus weiter. Jede Heeresvermehrung gebiert eine neue Vermehrung.

Antimilitaristen der Tat. Auf eine schriftliche Anfrage des radikalen Deputierten Louis Martin erteilte der Kriegsminister Noulens im Amtsblatte die Antwort, daß zu Ende des Vorjahres die Zahl der „Deserteure" 15 065 und die Zahl derjenigen, die sich ihrer Gestellungspflicht entzogen haben, 65 872 betrug.

Belgien.

Die Wahlbewegung wurde am vergangenen Sonntag mit einer Riesenversammlung zu Quaregnon in der Borinage, dem belgischen Kohlenbezirk, eingeleitet. Mehr als 10 000 Arbeiter waren versammelt. Genosse Vandervelde sagte: „Der Ministerpräsident hat den Wählern zugerufen, sich über die Wahlreform auszusprechen. „Also sprecht euch bei den Wahlen dafür aus. Sozialisten und Liberale bilden zusammen die Mehrheit des Landes und sie sind für die Revision des Wahlrechts. Wir werden diesmal allein in den Wahlkampf gehen. Aber der Hauptfeind sind die Klerikalen. Im Jahre 1916 ist es fünfzig Jahre her, daß wir in den Kampf für die Wahlreform eingetreten sind. Dieses Jahr muß ein Jahr des Triumphes des allgemeinen Wahlrechts werden."

Das reaktionäre Schulgesetz angenommen. Die Kammer hat in zweiter Lesung das Schulgesetz mit hundert Stimmen bei zwei Enthaltungen bei den Christlichen Demokraten angenommen. Die liberale und die sozialistische Fraktion gaben vor der Gesamtabstimmung scharfe Erklärungen gegen die Tendenz des Gesetzes ab und verließen den Sitzungssaal, so daß sie an der Abstimmung nicht teilnahmen. Die Mehrheit nahm das Ergebnis der Abstimmung „mit großem Beifall" auf.

Schweden.

Die Politik der neuen Regierung. In beiden Kammern des Reichstags gab am Mittwoch die neue Regierung vor gut besetztem Hause eine Erklärung über ihre Politik ab. Die Erklärung wurde in der Ersten Kammer vom Minister des Aeußern Wallenberg und in der Zweiten Kammer vom Minister-Präsidenten Hammarskjöld abgegeben. Nach einer Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Ministerkrise führt die Erklärung aus, der Konflikt, der zwischen dem König und seinen früheren Ratgebern entstanden sei, sei nach Ansicht der Regierung nicht derart, daß die Lösung der Verteidigungsfrage deswegen verschoben werden müßte. Die Regierung wolle aus diesem Grunde dem Könige vorschlagen, daß die Vorlage für eine neue Verteidigungsordnung erst dann dem Reichstage vorgelegt werde, wenn die Wähler durch die Auflösung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihre Stimme abzugeben. Die Absicht der Regierung sei, die Anhänger der Verteidigungsvorlagen aus den verschiedenen Parteien heraus zu vereinen, um diese große Frage unter Beiseitesetzung der Meinungsverschiedenheiten in anderen Punkten, die bei der gewöhnlichen Wahl im Herbste zu ihrem Rechte kommen könnten, zu lösen. Der Zeitpunkt für die Auflösung werde baldmöglichst bestimmt werden und kurz darauf werde der Hauptinhalt der Verteidigungsreform von der Regierung veröffentlicht werden. Diese Reform werde darauf Rücksicht nehmen, daß die Mittel, die für die Verteidigung notwendig seien, gerecht durch eine Wehrsteuer oder auf andere Art aufgebracht würden, und zwar unter Rücksichtnahme auf die wirkliche Steuerfähigkeit. Die Regierung halte eine gute Lösung der Verteidigungsfrage für vereinbar mit einer kräftigen Entwicklung der sozialen Reformarbeit. Im Zusammenhang mit den Reformen der Wehrkraft stehe nach Meinung der Regierung eine Reform des Militärstrafgesetzes. In Fragen, die nicht mit der Verteidigungsfrage in Zusammenhang ständen, wolle die Regierung Zurückhaltung beobachten. Endlich betont die Erklärung, daß die militärische Stärkung Schwedens ausschließlich zum Zwecke der Verteidigung des Landes erfolgen solle unter Berücksichtigung des Grundsatzes der neutralen Stellung des Landes.

Eine Kundgebung für Staaff. Eine Abordnung der Universitäten Upsala, Lund, Goetheborg und Stockholm überreichte dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Staaff eine Adresse, die von 1300 Akademikern unterzeichnet war. Der Wortführer der Abordnung, Professor Löfstedt aus Lund, erklärte, die Huldigung bedeute, daß man die Arbeit der zurückgetretenen Regierung nicht als abgeschlossen, sondern nur als vorübergehend unterbrochen ansehe.

Finnland.

Russische Gewaltjustiz gegen finnisches Recht. Das Petersburger Bezirksgericht verurteilte „wegen Widersetzung gegen die Gesetze über die Gleichberechtigung der Russen in Finnland" den Ratsmann des Magistrates von Wiborg Sandbeck zu acht Monaten Gefängnis unter Absprechung des Rechtes zur Bekleidung öffentlicher und staatlicher Aemter für die Dauer von vier Jahren, desgleichen den Bürgermeister derselben Stadt Zimmermann und den Ratsmann Goldenhelm zu sechs Monaten Gefängnis unter Absprechung desselben Rechtes für die Dauer von drei Jahren.

Kleine Auslands-Nachrichten. Eine interessante Nachwirkung der Vorgänge in Südafrika ist auf dem englischen Geldmarkte zu beobachten. Die Zeichnungen für eine neue 80 Millionen-Anleihe des Südafrikanischen Bundes ergab trotz der günstigen Bedingungen nur ein Viertel der verlangten Summe. Früher wurden diese Anleihen in kürzester Zeit überzeichnet, heute aber scheinen sogar die Kapitalisten sich dem Protest der Arbeiterschaft gegen dieses Willkür-Regiment in Südafrika anzuschließen!

Die Kammerwahlen in Rumänien. Im Zweiten Wahlkollegium wurden 52 Liberale, zwei konservative Demokraten und zwei Nationalisten gewählt. Sechzehn Stichwahlen sind erforderlich.

Die Oppositionsparteien im ungarischen Abgeordnetenhause brachten ein von 97 Abgeordneten dieser Parteien unterzeichnetes Mißtrauensvotum gegen das Plenum ein, das sich über alle Rechtsgrundsätze hinwegsetze. Normale Verhältnisse im ungarischen Abgeordnetenhause könnten nur durch die Rückkehr zu Recht und Ordnung wieder errichtet werden.

Das Militärbündnis zwischen Rumänien und Griechenland soll jetzt endgültig abgeschlossen worden sein.

Gewerkschaftliches.

Eine Massenaussperrung in der Schweizer Uhrenindustrie. Die Uhrenindustriellen des solothurnischen Juras — des sogenannten Leberberges — haben zu einem Vernichtungsschlag gegen das bereits neunzig Prozent der Arbeiter ihres Rayons umfassende Syndikat der Ebaucheure ausgeholt. Der Kampf der lebensorganischen Uhrenindustriellen gegen das Vereinsrecht der Arbeiter ist mehr als zwei Jahrzehnte alt. Ein Großbetrieb mit 600 Mann hat im Vorjahre nun aber doch einen Tarifvertrag nach zweiwöchentlichem Streik unterzeichnet. Jetzt haben die Unternehmer, daß sie bei weiterer Entwicklung ebenfalls zum Tarifvertrag genötigt sein werden und sie — außer der einen tariflich gebundenen Firma — haben jetzt an dreitausend Personen ausgesperrt, es ist das die Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0002

sicherung zweier Städtchen: Grenchen und Bettlach. Sofern nicht das Syndikat der Terminagefabrikanten, die ja die Abnehmer der Ebauches sind und als solche sehr weitgehende Kontrollverträge mit der Federation Horlogère abgeschlossen haben, energisch einschreitet, kann der Kampf den ganzen Jura von Chaux-de-Fonds bis Waldenburg ergreifen und 50 000 Menschen einbeziehen. Die Uhrenarbeiter sind größtenteils hochqualifizierte Arbeiter, sie haben bei einem sehr hohen Arbeitslosigkeitsrisiko einen relativ hohen Lohn, der ihnen ein gewisses höheres Kulturniveau gestattet. Fernerhin sind sie fast sämtlich — außer etwa 5 Proz. Franzosen und 10 Proz. Italiener — stimmberechtigte Bürger, wodurch der Kampf aktuelle politische Bedeutung für die beteiligten Kantone erhält.

Englische Kämpfe. Das parlamentarische Komitee des britischen Gewerkschaftskongresses leitete eine allgemeine Sammlung für die Londoner Bauarbeiter ein, da deren Streik und Aussperrung anscheinend noch lange dauern werde. Beide Parteien in diesem Kampfe wollen von einem Nachgeben nichts wissen.

In Yorkshire legten am Montag 20 000 Kohlengräber die Arbeit nieder. Auf Grund des Mindestlohngesetzes wurde ihr vor zwei Jahren auf 6,75 Mk. festgesetzter Tageslohn jetzt auf 7,25 Mk. erhöht. Die Bergarbeiter verlangen, daß ihnen die inzwischen dreimal eingetretenen Erhöhungen um je 5 Proz. mit ausgezahlt werden, denn sonst bedeutet die neue Erhöhung in der Tat eine Lohnherabsetzung. Von dieser Auslegung aber wollen die Unternehmer nichts wissen.

In London wurde die Nachricht verbreitet, daß dortige Gasgesellschaften eine Million Tonnen deutscher Kohlen gekauft hätten, weil diese rund fast gleicher Ergiebigkeit um 4 Mk. per Tonne billiger sind. Da der Preisunterschied wesentlich auf die schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zurückgeführt wird, hat die Angelegenheit natürlich in Arbeiterkreisen lebhafte Beachtung gefunden.

Aus der Provinz.

An die Gewerkschaftskartelle des Bezirks!

Nach den Satzungen des Bezirkskartells soll alljährlich im Mai eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Bezirks stattfinden. Durch außergewöhnliche Umstände veranlaßt, hat der Vorstand beschlossen, die diesjährige Konferenz schon am

Sonntag, den 15. März, vormittags 9 Uhr, nach dem Volkspark zu Halle

einzuberufen.

Wir fordern hiermit die Kartelle auf, Stellung dazu zu nehmen und für Beschickung der Konferenz Sorge zu tragen. Jedes Kartell muß vertreten sein. Die Tagesordnung sowie alles weitere wird den Kartellen durch Rundschreiben bekannt gegeben. Anträge sind bis Montag, den 9. März, an das Sekretariat in Merseburg, Weißenfelser Straße 6, einzureichen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Paul Gröbel.

Die Arbeitslöhne landwirtschaftlicher Arbeiter.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben, wie in der Sozialpolitik überhaupt, so auch in der Unfallversicherung eine Ausnahmestellung zugewiesen erhalten. Bei ihnen richten sich nicht, wie bei den gewerblichen Arbeitern, die Renten nach dem wirklichen Jahresarbeitsverdienst, sondern nach Durchschnittssätzen, die von den Behörden festgesetzt werden. Seither besorgten das die höheren Verwaltungsbehörden; jetzt haben die neu eingeführten Oberversicherungsämter diese Aufgabe.

Anläßlich des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung sind in der letzten Zeit diese durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste neu festgesetzt und soeben in einer umfangreichen Zusammenstellung amtlich veröffentlicht worden. Die Neufeststellungen weichen schon in der Form von den bisherigen ab. So sind nunmehr die Durchschnittssätze nicht nur für Männer und Frauen, sondern auch getrennt für Versicherte unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für die, die über 21 Jahre alt sind, festgesetzt worden. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können noch in junge Leute und Kinder geschieden werden. Auch nach Land- und Forstwirtschaft kann — und das ist vielfach geschehen — getrennt werden. Diese eingehende Klassifizierung der jungen Leute hat nur den Zweck, möglichst niedrige Sätze zu erlangen, um entsprechend auch die Renten herabzudrücken.

In Nachstehendem seien einige Proben wiedergegeben, wie die Neufestsetzungen aussehen. Es betragen die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für Arbeiter in Mark:

	Im Alter von:							
	über 21 Jahre		16—21 Jahre		14—16 Jahre		unt. 14 Jahre	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Berent	465	270	390	255	195	195	120	120
Tuchel	500	300	350	250	200	180	80	80
Konitz	515	325	370	280	250	210	105	105
Gersfeld	600	420	420	300	240	180	90	90
Fürstentum Waldeck	660	450	450	300	360	240	120	120
Simmern, Kreis	720	510	600	450	390	330	180	150
Wetzlar, Kreis	810	570	720	480	480	390	210	180
Bergheim, „	840	540	720	480	450	360	210	180
Falkenstein	1050	800	850	700	720	650	480	480
München	1150	750	950	700	620	540	—	—
Berlin	1080	660	900	630	540	450	—	—
Altona	1200	750	900	600	600	450	—	—

Wenn für die Forstarbeiter getrennte Festsetzungen getroffen wurden, so sind für sie immer einige Mark mehr angesetzt worden. Die meisten der Großstädte haben es unterlassen, für Kinder unter 14 Jahren besondere Sätze festzulegen, weil bei ihnen die Beschäftigung derartiger Kinder kaum in Frage kommt. Sollten sie doch beschäftigt werden, so gelten für sie die Durchschnittssätze der Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren.

In den weitaus meisten Fällen sind für erwachsene männliche Arbeiter üblich in den Landkreisen Ostpreußens und Westpreußens 540 bis 600 Mk., Pommerns 700 Mk., der Rheinprovinz 810 Mk., Bayern 700 Mk., Sachsen 750 Mk. usw. Aber auch in diesen Landesteilen sind große Schwankungen festzustellen.

Im allgemeinen lassen auch die neuen Sätze erkennen, unter welchen elenden Einkommensverhältnissen die Landarbeiter leben. Die angegebenen Sätze umfassen den gesamten Jahresarbeitsverdienst, auch die bekannten „Naturalbezüge", wie freies Kartoffelland und dergleichen. Auch die Landarbeiter leiden unter der allgemeinen Teuerung der Gegenstände für die Lebensführung. Die „Leutenot" ist unter diesen Umständen nur zu begreifen.

Wenn ein erwachsener männlicher Arbeiter, für den ein Jahresarbeitsverdienst von 480 Mk. angesetzt ist, durch Betriebsunfall völlig erwerbsunfähig wird, so bekommt er eine Vollrente von 320 Mk. Er muß aber schon halbtot sein, ehe ihm eine solche zugebilligt wird. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, wird er nur als „teilweise erwerbsunfähig" erklärt werden. Verliert er z. B. ein Auge vollständig, so wird er auf die Dauer kaum mehr als 25 Proz. erwerbsbeschränkt angesehen werden. Er erhält einen entsprechenden Teil der Vollrente, also 80 Mk. pro Jahr. Der Verlust zweier Finger — für einen jetzt es schon nichts mehr — dürfte vielleicht 15 Proz. = 48 Mk. pro Jahr einbringen. Bei den erwachsenen weiblichen Personen können „Vollrenten" von 160 Mk. pro Jahr herauskommen. Sie müßten verhungern, wenn sie nur davon leben sollten.

Entweder die behördlich festgestellten Sätze sind richtig, dann werfen sie ein grelles Licht auf die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Oder sie sind zu niedrig festgesetzt, dann drücken sie die soziale Fürsorge für die Landarbeiter noch weiter als vom Gesetz beabsichtigt, herab und bilden so eine schwere Schädigung für diese Arbeitergruppe.

Merseburg. Arbeitnehmerbeisitzer. Die zum Sonntag, den 22. Februar, nach Merseburg einberufene Arbeitnehmer-Vertreterkonferenz findet wegen eingetretenen Veränderungen später statt. Das Bezirkssekretariat.

Schkeuditz. Genossenschaftliches. In der am Montag im Lindenhof stattgehabtenen Versammlung des Konsumvereins erstattete der Geschäftsführer den Halbjahrsbericht. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr von 94 850 Mk. auf 103 702 Mk. gestiegen. Davon entfallen auf Schkeuditz 73975 Mk. und auf Modelwitz 29 727 Mk. Erfreulicherweise hat sich der Umsatz in den letzten drei Monaten in Modelwitz wesentlich gehoben. Der gesamte Mehrumsatz betrug 8848 Mk. Leider ist die Verschmelzungsfrage durch das passive Verhalten anderer Vereine noch keinen Schritt weitergekommen und besteht die Meinung, daß von anderer Seite dem Bestreben direkt entgegengearbeitet wird. Der Geschäftshausneubau kostet 63 315,11 Mk. Der Voranschlag ist nicht überschritten worden. An Anteilscheinen sind für 26000 Mk. ausgegeben worden. Eine durch einen Techniker vorgenommene Nachprüfung der eingegangenen Rechnungen für den Neubau hat ergeben, daß ein Teil Rechnungen mit den Bedingungen nicht stimmten, mußten zugunsten des Vereins für einige tausend Mark Abstriche gemacht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorarbeiten für einen weiteren Wohnhausneubau in Angriff zu nehmen. Auch zu diesem Zwecke sollen Hausanteilscheine ausgegeben werden. Zum Schluß wurde noch die Gründung einer Sparkasse beschlossen.

— Erfolgreiche Beschwerde. Zum Zwangsvorstehenden des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schkeuditz ist an Stelle des Rechtsanwalts Schaffranek der Stadtbaumeister Jebens seitens des Versicherungsamtes Merseburg-Land bestellt worden. Damit hat die Vorstandsherrlichkeit des Herrn Rechtsanwalts, da die gegen seine Bestellung von den Arbeitervertretern erhobene Beschwerde als berechtigt anerkannt worden ist, ein Ende erreicht.

Keuschberg. Zu der Notiz über die Leichenhalle ist noch hinzuzufügen, daß die Leichenhalle nicht abgebrochen wird, sondern nur vorläufig geschlossen ist, bis einige bauliche Veränderungen vorgenommen worden sind. Zu den Kosten des Umbaues hat der Minister eine Beihilfe zugesichert.

Kötschau. Aus der Partei. Am Sonntag fand im Gasthof zu Witzschersdorf unsere Monatsversammlung statt, die erfreulicherweise einmal gut besucht war. Genosse Heilmann erstattete Bericht von der Distriktsleiter-Konferenz, der vom Genossen Winkler noch ergänzt wurde. Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Genosse Thalemann. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte über das Unterkassierersystem. Alle Beschwerden wurden zur Zufriedenheit geregelt. Zur Gemeindevertreterwahl war sich die Versammlung einig, daß in Kötschau und Schladebach je ein Kandidat von unserer Partei aufgestellt werden soll. An Stelle des Unterkassierers Bernhard wurde Gen. Schmiedel gewählt.

Lüben. Stadtverordnetenwahl. Bei der am Montag stattgehabten Ersatzwahl eines Stadtverordneten der 2. Abteilung erhielt der Schneidermeister Kaufmann 17 Stimmen; 4 waren zersplittert. Von 99 eingetragenen Wählern hatten also nur 21 ihr Stimmrecht ausgeübt.

— Selbstmord. Mittwoch nacht erhängte sich in der hiesigen Krankenstube der in den 70er Jahren stehende Invalid Sering. S., der schon längere Zeit krank war, scheint in einem Schwermutsanfalle seinem Leben ein Ende gemacht zu haben.

Eisleben. Steuerermäßigung. Der Entwurf des städtischen Etats sieht eine Ermäßigung des Zuschlages zur staatlichen Einkommensteuer von 10 Prozent vor. Es sollen im neuen Jahre 215 Prozent Zuschlag erhoben werden. Die Ermäßigung des Zuschlages der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer beträgt 6 Prozent. Der Zuschlag beträgt 235 Prozent. Der Etat balanziert mit 944 895 Mk. Trotz der Ermäßigung sollen 5435 Mk. an Gemeindesteuern mehr gegen das Vorjahr einkommen. Dafür gibt es nur zwei Möglichkeiten zur Erklärung. Entweder zieht man die Steuerschraube in der Form an, daß man die Bürger in höhere Steuerstufen verlegt, oder bei der Veranlagung zur Wehrsteuer haben sich angesichts des Generalverbots bei uns ebenfalls Steuerdrückeberger gezeigt. Sollte der erste Fall eintreffen, so werden die Arbeiter gut tun, bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer genau acht zu geben, daß sie nicht zu hoch eingeschätzt sind.

Helfta. Verhaftet wurden von hier vier Bergarbeiter, nämlich der 24jährige Ludwig Gärtner, der 20jährige Karl Hechler, dessen 17jähriger Bruder Otto und der 16jährige Karl Goletz. Die Verhafteten stehen in dem dringenden Verdachte, in der Sonntagnacht den Ueberfall auf den Rohrwarenfabrikanten Wicht und den Bautechniker Schiller auf der Straße nach Eisleben ausgeführt zu haben. Bei dem Ueberfall wurde den Beiden Geld weggenommen, außerdem wurden sie, namentlich Schiller, schwer mißhandelt. Ob die Verhafteten, die meist noch recht jugendliche Leute sind, als wirkliche Täter in Betracht kommen, wird die Untersuchung ergeben.

Aisleben. Genossenschaftliches. Der Allgemeine Konsumverein für Bernburg und Umgegend, der hier eine gutfloriierende Verkaufsstelle unterhält, hielt am Sonntag seine diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsberichte, den Geschäftsführer Röder gab, entnehmen wir folgendes: Der Gesamtumsatz des letzten Geschäftsjahres betrug 714 646,58 Mk. Das ist ein Mehr von 95 186,02 Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist bemerkenswert, daß die Eigenproduktion an dem Umsatz mit 51 Prozent beteiligt ist. Auf die einzelnen Betriebszweige entfallen: Bäckerei 148 888 Mk., Fleischerei 139 606 Mk., Schrotmühle 32 070 Mk., Kraut- und Gurkeneinlegerei rund 20 000 Mk. Die Fleischerei hat sich besser rentiert, denn in den Vorjahren benötigte sie immer Zuschüsse. Im Geschäftshalbjahre wurden 221 Neuaufnahmen gemacht. Vom 1. Januar bis jetzt liegen schon wieder 103 Beitritte vor, so daß die Neuaufnahmen 324 betragen. Der Betriebsneubau ist jetzt fertiggestellt und in allen Abteilungen in Benutzung genommen. Es sind mit den Bäckern, Fleischern, Verkäuferinnen und Lagerhaltern neue Tarife abgeschlossen worden. Die Lagerhalter haben dem 1. Juli ab vollständige Sonntagsruhe. Der Geschäftsführer wies dann auf das neue Statut hin. Der Titel heißt jetzt Konsum-, Produktiv- und Spargenossenschaft für Bernburg und Umgegend. Das Eintrittsgeld beträgt statt 1 Mk. nur noch 50 Pfg., das aber bei der Aufnahme gleich zu bezahlen ist. Das nur wenig geänderte Statut wurde mit 109 gegen 1 Stimme angenommen.

Ermsleben. Freigesprochen. Die seinerzeit viel Aufsehen erregende Affäre des Betriebsleiters Adler von der Papierfabrik fand am Montag ihren Abschluß vor der Eisleber Strafkammer. Nach der Anklage sollte er die Lohnbüchen gefälscht und Gelder daraus entnommen haben. Wegen mangelnder Beweise wurde der Mann aber freigesprochen.

Sangerhausen. Patriotische Konkurrenz. Der Kreis-Kriegerverband des Kreises Sangerhausen hielt am Sonntag hier eine Delegierten-Versammlung ab. Aus den Verhandlungen ist besonders interessant ein Antrag des Kavallerievereins Sangerhausen, dem angebliche Zersplitterungsversuche des Eisenbahnvereins zugrunde liegen. In beweglichen Worten wird in dem Antrag geschildert, wie durch den letztgenannten Verein den Militärvereinen Abbruch getan wird, indem die Eisenbahner, ausscheiden und bei patriotischen Aufzügen geionbert marschieren. Der Vorstand des Kreis-Kriegerverbandes soll deshalb Abhilfe schaffen. Die Konkurrenz der Patrioten unter sich ist wirklich ergötzlich. Tatsache ist ja, daß auf der Eisenbahn einige geschätzige höhere Beamte sich die patriotische Erziehung der Unterbeamten und Arbeiter sehr angelegen sein lassen. Die Vorgänge bei den Stadtverordnetenwahlen beweisen dies. Im übrigen dürfte wohl diese Sonderbündelei der Eisenbahner auf die leider vielverbreitete Devise zurückzuführen sein: Weß' Brot ich eß', deß' Lied ich sing'!

Artern. Einbruch im Konsumverein. In einer der letzten Nächte statteten Diebe den Geschäftsräumen des hiesigen Konsumvereins einen Besuch ab und stahlen bar Geld in Höhe von etwa 400 Mk. sowie Waren aller Art. Die Diebe sind erbrochen worden. Bisher haben die Nachforschungen noch keinen Erfolg gehabt.

Roßla. Gelegenheit macht Diebe. Auf der Ziegelei des Herrn Krieber waren im vorigen Jahre zwei galizische und ein deutscher Arbeiter als Ziegelstreicher beschäftigt. Sie wohnten in der sogenannten „Alten Ziegelei" mit dem Ziegelmeister zusammen. Am 16. Mai v. Js. hatte nun letzterer eine Geschäftsreise zu machen. Das benutzte der Arbeiter Lipp, um sich verschiedene Kleidungsstücke vom Ziegelmeister anzueignen und damit das Weite zu suchen. Am Mittwoch hatte er sich vor der Nordhäuser Strafkammer zu verantworten. Er bestritt den Diebstahl. Die gestohlenen Sachen, die bei ihm gefunden, habe er für zwei Liter Schnaps von den Galizierern erworben. Das Gericht glaubte den Angaben nicht und erkannte auf neun Monate Gefängnis. Beantragt waren sechs Monate.

Eckartsberga. Zur Wildererafäre. Wie sich jetzt im Laufe der Untersuchung herausgestellt hat, ist der Förster Ludwig mit seinem eigenen Gewehr erschossen worden. Vor ungefähr vier Jahren wurde bei dem Förster eingebrochen und ihm eine seiner besten Flinten gestohlen. Jetzt ist die Flinte, aus der die Todesgeschosse gesandt sind, als das Eigentum des Erschossenen erkannt worden, das ihm seinerzeit gestohlen worden ist. Auch sonst scheint die Untersuchung noch mancherlei Ueberraschungen bringen zu sollen. So sollen die Frauen der Verhafteten gesagt haben: „Warum sollen unsere Männer darunter leiden und andere haben sie dazu verführt." Es werden noch andere Wilddiebe an die Reihe kommen, die die Unversehrtheit so weit trieben, daß sie in den Nächten nach der Blutuat dreist wieder auf die Jagd gegangen sind. Dann aber werden auch mit den Wilderern die zahlreichen Diebstähle in Verbindung gebracht, die in der ganzen hiesigen Gegend vorgekommen sind, und bei denen es sich hauptsächlich um Räucherwaren handelte.

Wittenberg. Jungdeutschlandbund — „der größte Blödsinn". In der letzten Stadtverordnetensitzung stand neben verschiedenen unbedeutenden Vorlagen nur eine Sache zur Verhandlung, die geeignet ist, unser Interesse zu erwecken. Es handelt sich um eine Beihilfe von 200 Mark für den Jungdeutschlandbund, die der Magistrat zu bewilligen empfiehlt. Stadtverordneter Schildhauer sprach sehr entschieden gegen die Bewilligung und führte dabei u. a. aus: In der Begründung des Antrages wird gesagt, daß ein Teil der Jungens kein Schuhwerk hätte. Wenn die Jungens im Sommer Ausflüge machten, so sei dagegen nichts einzuwenden, aber man solle sie nicht im Winter bei Schnee und Eis hinausjagen, zumal da noch viele Kinder darunter sind. Am andern Tage sitzen die Kinder müde und matt in der Schule. Was sagen da die Lehrer dazu? Es ist der größte Blödsinn, der da beim Jungdeutschlandbund getrieben wird. (Ganz unserer Meinung.) Im Gegensatz zu diesen Ausführungen hat der erste Bürgermeister, Schirmer, um Bewilligung der Summe oder doch wenigstens eines Teiles derselben. Hinausgesagt, ja meinte der eifrige Förderer Jungdeutschlands weiter, werden die Jungen bei Schnee und Eis nicht; wer nicht wolle, könne ja zu Hause bleiben. Das liege doch im freien Willen jedes Einzelnen. Aber wenn die Jugend nicht in solche Vereinigungen geht, dann sucht sie Lokale auf, wo sie dem Alkohol und dem Tabakgenuß huldigt. Der Jungdeutschlandbund sei ein Teil der Jugendpflege, die wir nicht der privaten Wohltätigkeit und der Garnison allein überlassen könnten. Es kommt demnach wahrscheinlich bei den Schützlingen des Jungdeutschlandbundes nicht vor, daß sie sich sehr eifrig mit Zigarettenrauchen beschäftigen, auch hat der Herr Erste Bürgermeister wohl noch nichts davon gehört, daß man eine bestimmte Gastwirtschaft als das Jungdeutschland-Kasino bezeichnet.

In der weiteren Diskussion führte Stadtv. Eröting noch aus, daß die Sache eine Soldatenspielerei sei, die weit über das Ziel hinausschieße. Die Stadtverordneten Lehmann und Friedrich traten für die Bewilligung ein. Letzterer hat vor kurzer Zeit eine städtische Subvention für seinen Auto-Omnibus-Betrieb auf drei Jahre bekommen; vielleicht ist er aus diesem Grunde zu der Ansicht gekommen, daß es ganz angenehm ist, wenn man aus dem Stadtsäckel etwas „Zuschuß" erhält. Stadtv. Schulze führte aus, daß man nicht alles billigen könne, was im Jungdeutschlandbund gemacht werde, doch wollte er die Hälfte der Summe bewilligt sehen. Die Abstimmung hatte das überraschende Ergebnis, daß von 29 der Anwesenden 17 für die Bewilligung der 200 Mark stimmten.

Auch die Arbeiterschaft muß für ihre Jugendbewegung mehr als bisher eine offene Hand und ein offenes Herz haben, denn das gesteckte Ziel kann nur erreicht werden, wenn auch im Kreise der älteren Genossen die Bestrebungen und Arbeiten des Jugend-Ausschusses lebhafte Unterstützung finden. Am nächsten Sonnabend, den 21. Februar, findet im Freudenberg'schen Saale ein Unterhaltungsabend des Jugend-Ausschusses statt, dessen Besuch wir angelegentlichst empfehlen. Wollen wir die Jugend an uns fesseln, müssen wir auch zur Jugend gehen, damit diese sieht, daß wir auch Interesse an ihren Bestrebungen haben.

— Die provinzial-sächsische Wohlfahrts-Ausstellung wird hier vom 20. bis 25. Februar in der Turnhalle des Gymnasiums ihr Heim aufschlagen. Sie wird gewiß auch hier allgemeines Interesse erregen und ihre Besucher zum Nachdenken über mancherlei bedrohliche Volkszustände und ihre Abhilfe veranlassen. Die Ausstellung ist 1912 von ihrem Begründer, dem Lehrer Temme in Nordhausen, daselbst zum erstenmal gezeigt worden und hatte in wenigen Tagen 4000 Besucher. Seitdem wurde sie in 39 Orten vorgeführt, die Gesamtbesucherzahl betrug rund 111 000 Personen. Das Ganze besteht aus zwölf einander ergänzenden Abteilungen, die folgende Gebiete umfassen: Tuberkulose, Säuglingsschutz, Volksernährung, Sport, Jugendpflege, Dürerbund, Kampf gegen Schmutz in Wort und Bild, Krüppel- und Blindenfürsorge, Wohnungs- und Bodenreform, Heimatschutz, Kinderfürsorge und Wohlfahrtseinrichtungen. Wir glauben den Besuch der Ausstellung auch in unseren Kreisen mit gutem Gewissen empfehlen zu können, da sie viele Gebiete berührt, die namentlich die arbeitende Bevölkerung angehen. — Bei genügender Beteiligung ist der Leiter der Ausstellung gern bereit, für die Gewerkschaften einen besonderen Abend zu reservieren und einen Vortrag zu halten, wozu das Thema Wohnungs- und Bodenreform in Aussicht genommen ist. Näheres hierüber werden wir schnellstens zur Kenntnis unserer Leser bringen. Der Eintritt zur Ausstellung sowie zum Vortrag ist unentgeltlich.

Klein-Wittenberg. Die Gemeindevertretung beschloß, für die Gemeindeangestellten die Krankenkassenbeiträge in voller Höhe zu beantragen. Ein Antrag um Ermäßigung des Pflegegeldes für ein in einer Anstalt untergebrachtes Kind wurde abgelehnt. Die vom Gemeindevorsteher vorgelegten Armenlachen und bereits gezahlten Unterstützungen wurden zur Kenntnis genommen und gutgeheißen. Der Voranschlag für die Jahre 1914, 1915 und 1916 wurde auf 28 254 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. An Kommunalsteuern sollen 900 Proz., und an Realsteuern 170 Proz. erhoben werden. Der Weg an der Elbe (frühere Lehmberg) soll nun unter der Bedingung an den Kommerzienrat Roth abgetreten werden, wenn er der Gemeinde dafür einen andern Weg öffnet. Für Abhaltung des Schützenfestes auf den an die Herren Lerm und Heinrich Lindemann verpachteten Elbwiesen soll die Schützengesellschaft jährlich 25 Mk. außer die zahlende Pacht an die Gemeinde entrichten, vorausgesetzt, daß die Pächter mit der Abhaltung des Festes auf den Wiesen einverstanden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0003

Sie schädigen sich selbst, wenn Sie nicht unbedingt von meinem neuen Rabatt-System Gebrauch machen. Vergleichen Sie bitte Preise und Qualitäten!

la. Thür. Rot- u. Leberwurst. 1 Pfd. 68 Pf., ab ca. 10% netto 62 Pf.

Versuchen Sie bitte meine **Allerfeinste, unübertroffene Molkerei-Tafelbutter** Marke „**Blütenbutter**" ½ Pfund 72 Pf. ab ca. 10% Rabatt netto nur **65** Pf.

Allerfeinsten delikaten **Limburger** 1 Pfd. 40 Pfg. ab ca. 10% Rab. netto **37** Pf.

Ia. delikates **Wurstfett** 1 Pfd. 58 Pfg. ab ca. 10% Rab. netto **53** Pf.

Hochfeine, gutschmeckende **Molkerei-Tafel-Butter** ½ Pfd. 68 Pf. ab ca. 10% Rabatt ½ Pfd. netto nur **62** Pf.

Allerfeinstes, unübertroffen. **Schweineschmalz** 1 Pfd. 68 Pfg. ab ca. 10% Rab., netto **62** Pf.

Allerfeinste, unübertroffene **Pflanzenbutter** in Tafeln. 1 Pfd. 65 Pf. ab ca. 10% Rab., netto **59** Pf.

Sonder-Angebot für die feine Tafel!

Hochfeinen zarten **Caßler** 1 ℔ 88 ₰, ab ca. 10% Rab., netto nur **80** Pf.

Versuchen Sie meine allerfeinste, unübertroffene **Cervelat- u. Salami-Wurst** 1 Pfund 127 ₰, ab ca. 10% Rabatt, netto nur **115** Pf.

Ia. Schmer und fettes Fleisch 1 ℔ 70 ₰, ab ca. 10% Rab., netto **63** Pf.

Hochfeine, delikate **Bauern-Knackwurst** 1 Pfund 118 Pf., ab ca. 10% Rabatt netto **107** Pf. || **A. Knäusel,** 9 Filialen. || Allerfeinste, unübertroffene **Braunschw. Mettwurst** 1 Pfund 118 Pf., ab ca. 10% Rabatt netto **107** Pf.

Hochfeine Apfelsinen 1 St. 4 Pf., ab ca. 10% Rab. 7180

Große Fänge! Billige Preise!

„Nordsee"

Gr. Ulrichstr. 58,
Telephon Nr. 3783 und 1275.
Niederlage: **Grosse Brunnenstrasse 65,** Tel. 3352.

Hochfeiner, schneeweißer
Kabeljau ohne Kopf, Pfd. **19** Pf.
Goldbarsch u. Bratschellfisch Pfund **22** Pf.
Karbonaden, bratfertig . . . . Pfund **28** Pf.
Ferner sehr billig: 7179
Hochfeine **Ostsee-Sprotten** die 2 Pfund-Kiste nur **75** Pf.
Allerfeinste, echte
Kieler Sprotten Kiste fast 2 Pfd. Inhalt, nur **82** Pf.
Prima Hering in Gelee 2 Pfd.-Dose nur **65** Pf.
Neue Riesenfettheringe, trotz der Größe fett u. zart, 3 Stück **25** Pf.

Rauchen Sie „**Bürgermeister von Glaucha**"
10 Stück 60 Pfg. — 10 Stück 60 Pfg.
„Bürgermeister von Glaucha" ist eine reguläre 7 Pfennig-Zigarre, die nur durch den Einkauf eines bedeutenden Postens (100000 Stück) in der 6-Pfennig-Preislage geboten werden kann.
Nur zu haben bei 4936
Paul Leuschner, Halle (Saale), Mittelwache 9/10. — Fernruf 1465. —

Neu! **Montag den 23. Februar** Neu!
eröffne in **Sangerhausen,**
Bahnhofstr. 10, schräg gegenüber dem Kaiserlichen Postamt,
eine
Schnellbesohl-Anstalt „Fortschritt"
mit elektrischem Betrieb.
Es wird **besohlt** jedes **Fabrikat:**
Ein Paar Herren-Sohlen . . . . 1.75 M.
Ein Paar Damen-Sohlen . . . . 1.25 M.
Ein Paar Kinder-Sohlen . . . . von **45** Pf an.
Für **genähte** Schuhe **billige Sonderpreise.**
Reparaturen billigst.
Auf Wunsch kann gewartet werden.
Prima Kernleder wird verarbeitet.
Für **Haltbarkeit leiste Garantie!**
Am **Eröffnungstage** erhält jeder, mich mit **Arbeit Beehrende, 1 Dose** meines guten **Crems gratis!!!** *3270
Franz Gerlach.
War Mitleiter der grossen, renommierten Schnell-Besohl-Anstalt in Nordhausen.

Michel

Michel-Brikets
anerkannt beste Marke.
Jahresproduktion 1914-1915 125000 DW.
Zu haben beim *2798
Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

Trauer-Hüte
Kleider - Kostüme - Röcke
Blusen - Schleier - Flore
Schürzen - Handschuhe
Krawatten etc.
in denkbar grösster Auswahl
zu
bekannt billigsten Preisen!!
Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. d. Saale, Marktplatz 2 u. 3.
7173

Makulatur
zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

VOLKSPARK
Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.
Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter
Mittagstisch
von 50 Pfg. an. f.

5214

Leibbinden.
Aerztlich empfohlen.
Gewissenh. fachkund. Massanfert.
Vorfallbinden
eigen. System, langjährig bewährt.
Viele Dankschreiben!
à M. **4.50;** mit Nachn. 4.95 M.
Kertzscher,
Bandagengeschäft,
untere Leipzigerstr. 26
und **Gr. Ulrichstr. 63,**
gegenüber Arnold & Troitzsch.

Schlurick's Bade-Anstalt,
Hochstr. 17. Tel. 2389.
Fichtennadel-, Sauerstoff-, Kombinations-, Schwefel-, Kalmus-, Soole-, Dampf- und Wannenbäder. *3054
— Massagen jeder Art. —

Freitag: 101
Schlachtefest.
A. Fromme, Liebenauerstraße 5.

Jeden Freitag:
— **Schlachtefest.** —
Otto Hoffmann,
Spitze 4. [6818

Freitag 102
Schlachtefest.
Fr. Peters,
Blumenthalstraße 27.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 18. Febr.

Aufgeboten: Maschinen-Putzer Lochner u. Marie Niemann (An der Baderei u. Steg 6). Expedient Witkiewicz u. E. Holst (Leipzig). Betriebs-Monteur Vogel und A. Grimm (Fürstenwalde). Bäcker Reuter u. A. Wachsmuth (Kayna u. Theißen). Handlungsreisende Naumann u. M. Geidel (Leipzig u. Leipzig-Reudnitz).

Eheschließungen: Maurer Viech u. Martha König (Annenstr. 2 u. Dornstedt). Handlungs-Gehilfe Reiß und Margarete Schenkling (Forsterstr. 38). Lehrer Albrecht u. Helene Liebetrau (Knapendorf u. Friesenstr. 8).

Geboren: Korbmacher Wießner T. (Cansteinstr. 7). Arbeiter Juwien Tcht. (Krausenstraße 17). Polizeisergeanten Fink T. (Bernhardystraße 14). Eisenbahnwärter Herrmann aus Riestedt Tochter (Klinik). Ingenieur Knapp T. (Preßlersberg 3).

Gestorben: Arbeit. Klemm aus Delitzsch, 54 J. (Klinik). Arbeit. Behrendt Sohn, 4 J. (Humboldtstraße 1). Zimmermanns Möser aus Mescheide S., totgeb. (Klinik). Kernmacher Meßner, 67 Jahre (Zietenstr. 35).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 2), 18. Februar 1914.

Aufgeboten: Arbeiter Kirchhoff und Martha Heye (Petersbergstraße 46 und Leipzig).

Geboren: Konditor Heckert T. (Felsenstr. 6c). Oberpostassistenten Wießner S. (Wettinerstraße 8).

Gestorben: Invalide Suchodolsky aus Seeburg, 66 Jahre.

Zörbig, 18. Febr. 1914.
Heute früh 3 Uhr starb nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Auguste Scholz
geb. Schreck
im 40. Lebensjahre.
Dies zeigt schmerzerfüllt an, im Namen der trauernden Hinterbliebenen,
*3271 **Benno Scholz.**
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Sozialdemokratischer Verein Delitzsch-Bitterfeld.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossin,
Frau Auguste Scholz, geb. Schreck,
Mittwoch früh 3 Uhr, nach kurzem Krankenlager, unerwartet verstorben ist. Die hiesigen Genossinnen und Genossen werden ihr ein **ehrendes Andenken** bewahren. *3272
Ortsgruppe Zörbig.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Preise für „Kleine Anzeigen".
Zeile 20 oder jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10, 2 Zeilen hoch 20 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleiner Anzeiger.

Abonnenten erhalten
gegen Vorzeigung der Quittung auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen 50% Rabatt. — Bei Anzeigen mit Wiederholung Rabatt nach Uebereinkunft.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"
Expedition **Volksblatt,** Harz 42/44,
Zigarrenhandlung v. **A. Albrecht,** Lindenstraße 54
" " **E. Bendlin,** Torstraße 43
" " **J. Schneider Nachf.,** Beesenerstr. 23
" " **J. Sanow Nachf.,** Geiststraße 5
" " **P. Leuschner,** Mittelwache 9
" " **E. Jungmann,** Pfännerhöhe 33
Materialwarenhdl. v. **G. Gerig,** Triftstraße 28.
Ebenso nehmen die **Volksblatt-Austräger** Anzeigen entgegen.

Geschäfts-Anzeigen.

Volkspark, Burgstr. 27.
Unsere neuerbauten **Kegelbahnen** stehen noch **einige Abende** zur gütigen Benutzung frei. [6844

Waschgefäße u. **Reparaturen** empfiehlt billigst
7146] **Albrechtstraße 23.**

Empf. m. **Zigarren-Spezial-Gesch.**
6745] **Otto Haring,** Triftstraße 5.

Zigarren, Zigaretten
in allen Preislagen empfiehlt
Karl Wenzel, Merseburgerstr. 32. [7086

Zigarren, Zigaretten empfiehlt
P. Leuschner Mittelwache 9.

6819] Zur Anfertigung
feiner Herren-Garderobe
nach Maß empfiehlt sich
Otto Bartelt, Hallorenstr. 1c, I. l.
Gr. Lager deutscher u. engl. Stoffe.

Sofas und Matratzen werden billigst aufgepolstert bei [7144
E. Dippold, Adolfstr. 9, H. p.

Speise-Kartoffeln,
prima Ware, frostfrei, **echte Neustädter** u. **Frühblaue** z. Saat, empf.
7139] **Grosse, Lindenstr. 54.**

7171 **Pflaumen-Mus,**
gar. rein, à Pfd. 25 Pf. empfiehlt
Franz Rudloff, Rannischestr.

Triumph-Fahrräder m. **Freilauf** von 90 Mark an,
Wanderer-Fahrräder mit **Freil.**
7175] von 140 Mark an.
Wilh. Münster, Reparatur-Werkstatt, Marktplatz 24.

Keine gesundheitsch. **Gummi-Artikel** mehr!
6986] Ausk., auch brieflich, erteilt
A. Möller, Halle a. d. S., Jakobstraße 42, pt.

Hypotheken.

1. Hypothek 3600 Mk. auf **Grundstück** mit 3 Morgen Acker und 1 Morgen Gartenland **gesucht.** Offert. unt. V. H. 241 a. Exped. d. Ztg. erb. [7163

Verkäufe.

Auf Teilzahlung
erhalten solide Familien sämtliche **Wäsche-Artikel: Gardinen, Kleiderstoffe, Paletots, Golfjacken, Steppdecken, Schirme, Uhren** 2c. in nur reeller Ware bei
Friedrich Gronau,
7124] **Barfüßerstraße 16.**

*3199 **Militärstiefel,** Militärschnürstiefel, Schachtstiefel, getragene Schaffnerfilzstiefel, Holzschuhe, Lederpantoffeln, Filzpantoffeln i. dauerhafter Qualität verk. zu billigsten Preisen **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. Tel. 1388. Achtung! Achtung!

Mein in **Delitzsch,** Zscherngaß 8, belegenes **Wohnhaus** bin ich willens, altersh. z. verkaufen. **W. Arndt.** [*3268

Chaiselongue bill. zu verk. [7143
Gr. Brunnenstr. 52, H. p.

Ein großer Zughund mit Wagen zu verkaufen [*3263
Roitzsch, Weststraße 10a.

Altes Sofa billig zu verkaufen
7154] **Schönitzstraße 14,** II. r.

Kinderwagen, gut erhalten, zu verk. **Mittelstr. 9,** III. [7147

Guterh. **Kinderwagen** bill. z. vrk.
7141] **Torstraße 31, H. II.**

Makulatur verkauft
Expedition Volksblatt.

Vermietungen.

Einzelne Stube z. verm. [6944
Saalberg 27.

Stube, K., K. 1. 4. zu verm.
*3251 **Wörmlitz,** Hauptstr. 28.

Zu verleihen.

Zwei eleg. **Damen-Masken** billig zu verleih.
7162] **Albrechtstraße 19,** II.

Entlaufen.

Graue Katze, auf Line hörend, abhand. gek. Bitte um Nachricht nach **Lafontainestr. 26,** II. [7148

Arbeitsmarkt.

Schuhmacher stellt sof. ein [*3258
Jaiszyncek, Krukenbergstr. 18.

Perf. **Wickelmacherin** sucht Arbeit. **Parkstraße 15,** III. [7145

Gärtner-Lehrling
kann zu Ostern unentgeltlich die Kunstgärtnerei erlernen. [*3254
H. Scheibel, Merseburg (Ehrensäule).

Verschiedenes.

Restaur. **Zur Schüssel,** Kl. Ulrichstr. 37.
Empfehle meine **Lokalitäten** einer gütigen Beachtung.
Vereinszimmer frei.
7122] **Karl Kutter und Frau.**

Soeben erschienen:
Hall. Faschings-Zeitung
à Nr. 10 Pfg.
Zu haben in der
Volks-Buchhandlung
Harz 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 43 — Halle (Saale), Freitag den 20. Februar 1914 — 25. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

217. Sitzung. Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betr. den Schutz der Jugend gegen den Schmutz in Wort und Bild.

Die zweite Beratung des

Justizetats

wird fortgesetzt.

Abg. List (natl.): Gegen unsere Anträge, die wichtigsten Punkte des Strafrechts in einer Novellengesetzgebung zu erledigen, hat man viel eingewendet. Aber das preußische Wahlrecht hat damit doch wirklich nichts zu tun. — Bei den Beschwerden über die Behandlung Geisteskranker kommt es nicht auf die Zahl, sondern auf die Tragweite der Fälle an. — Wie unheilvoll das Befragen von Zeugen nach ihren Vorstrafen wirken kann, hat jetzt wieder der Fall in Amberg gezeigt, wo ein junges Mädchen einen Selbstmordversuch verübt hat. — An der freien Advokatur darf unter keinen Umständen gerüttelt werden. — Ein sechster Reichsanwalt war schon im vorigen Jahre dringend notwendig; in diesem Jahre muß er unter allen Umständen bewilligt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Treutlein-Moerbes: Bei dem mehrfach erwähnten Fall in Amberg war die Zeugin im Jahre 1907 wegen Diebstahls, Hehlerei und Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, und der Verteidiger wollte dies zur Sprache bringen, um die Glaubwürdigkeit dieser Hauptzeugin in einem Meineidsprozeß zu erschüttern. Bei dem Selbstmordversuch hat sie sich übrigens nur eine leichte Verletzung beigebracht.

Abg. Dr. Oertel (k.) bedauert, daß auf den Kruppdirektor Roetiger durch seine Nichtvereidigung im Kruppprozeß ein Makel geworfen sei, und weiter, daß gegen den „Vorwärts" wegen eines Artikels, in dem dem preußischen König unverhüllt das Schicksal des portugiesischen Königs angedroht worden ist, keine Anklage erhoben worden ist. — Die persönliche Ehre bedarf eines besseren Schutzes. — An der Berichterstattung über sensationelle Prozesse trägt die Presse am wenigsten schuld. Schon heute kann man bei vielen Dingen die Oeffentlichkeit vor Gericht ausschließen, und in solchen Fällen sollte man die Presse nicht zulassen. — Ueber das, was schmutzig ist, sind wir ja nicht einig, wohl aber wünschen wir alle die Bekämpfung des Schmutzes und die Bewahrung der Jugend vor Schmutz. Nicht jedes Kunstwerk eignet sich zur Nachbildung auf Postkarten, wie ich im Gegensatz zum sächsischen Kultusminister ausdrücklich bemerken muß. Auch werden für diese Postkartennachbildung hervorragende Kunstwerke oft geradezu verschandelt und das Geschlechtliche in ihnen wird hervorgehoben. (Sehr richtig! rechts.) Gesetze können hier wenig helfen. Viel nötiger ist die Erziehung zur religiösen Auffassung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): In den Anträgen des Abgeordneten Schiffer sind eingelne gute Gedanken, doch haben wir gegen den Antrag im ganzen viele Bedenken. — Ueber das Gebiet der Lex Heinze ist schon viel gesprochen worden. Denn Unwesen der Animierkneipen und Rummelplätze soll entgegengetreten werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Agrarwoche dadurch etwas beeinträchtigt wird. (Heiterkeit.) Aber durch das heute eingegangene Gesetz könnten doch die schwersten politischen Kämpfe wieder heraufbeschworen werden, wie wir sie 1890 erlebt haben. Ich warne vor den Folgen einer unüberlegten Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Den wirklichen Schmutz und Schund bekämpfen wir ebenso wie Herr Dr. Oertel, aber es ist doch eine merkwürdige Kunstauffassung, wenn Herr Dr. Oertel die Bestrebungen der Sezession in einen Topf mit den Futuristen wirft. (Zuruf des Abg. Oertel.) Wenn Herr Oertel sagt, er kennt beides nicht, so beweist er damit nur selbst, was von seinen Kunstvorträgen zu halten ist. (Sehr richtig! links.) Herrn Belzer gebe ich zu, daß eine gewisse Gerichtsberichterstattung zu den traurigsten Kapiteln unserer Journalistik gehört. Das ist wirklich sensationslüsterne Schweinerei. Die 12. Strafkammer in Berlin leidet an der fixen Idee, daß alles Nackte an sich unsittlich sei, und der Indegriff aller Unsittlichkeit ist für sie die Postkarte! (Heiterkeit.) Das steht auf derselben Höhe wie das Wort von der Rinnsteinkunst. (Sehr gut! links.) Wir sollten stolz sein auf die großen Fortschritte unserer Reproduktionskunst, die es uns ermöglichen, wirklich wunderbare Wiedergaben von großen Kunstwerken als Postkarten billig herzustellen. (Sehr wahr! links.) Solche Sachen konfisziert man, aber auf der anderen Seite läßt man offensichtliche Schmutzereien unbehelligt. Die Polizei geht eben, wenn es sich um Kunstsachen handelt, vor, wie der Elefant im Porzellanlager. Während man bei Hofbällen jede Dame, die einen Zoll zu wenig nackt ist, zurückweist, geht man jetzt gegen die Wachsbüsten vor. (Heiterkeit.) Die neueste Errungenschaft ist die pornographia eventualis. (Heiterkeit.) Ich denke an die Konfiskation der Postkarte mit der Unterschrift: Vogel fliegt in die Welt hinaus! wo ein junger Mann mit dem Reisekoffer und seine Frau mit dem Baby auf dem Arm aus dem Fenster schauend dargestellt war. Weil die Frau keinen Trauring trage, meinte der Schutzmann, müsse man annehmen, daß hier auf die Folgen des außerehelichen Beischlafs hingewiesen werde. (Große Heiterkeit und Hört! hört! links.) Diese polizeiliche Putativunsittlichkeit zeigt, was wir in Zukunft bei dem neuen Gesetz zu erwarten haben würden. (Sehr wahr! links.) Krankhafte Prüderie und Heuchelei werden auf diese Weise großgezogen. Die berühmte Turnhose der Mädchen, selbst Matrosenanzüge von Knaben genügen solchen Schweinekerlen zur Aufregung. (Sehr wahr! links.) Hierher gehört auch die Verbalhornisierung unserer Dichter. Aus „unvidersittlicher Neigung" wird „bankbare Gesinnung" gemacht (Heiterkeit) usw. Der deutsche Richter muß solchen Dingen gegenüber innerlich frei werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Daß der Schmutz in Wort und Bild bekämpft werden muß, darüber sind wir alle einig. Die Schwierigkeiten beginnen bei den Nachbildungen hervorragender Kunstwerke. Eine solche Nachbildung kann unter Umständen vom Händler in eine Umgebung gebracht werden, die die Lüsternheit weckruft. Gewiß kann man über manche Urteile auf diesem Gebiete verschiedener Meinung sein. Das Reichsgericht hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Darstellung des Nackten an sich ebensowenig unzüchtig ist, wie das Nackte selbst. Aber die Reproduktion auf Postkarten kann sehr wohl in einer Weise geschehen, daß sie unzüchtig wirkt. Bei der Unbrauchbarmachung von Postkarten der Dresdner Galerie handelte es sich um einen Fall, wo die Unzüchtigkeit in der Art des Vertriebes lag. Hier hätte es wohl genügt, nur die Unbrauchbarmachung derjenigen Karten auszusprechen, die sich bei dem betreffenden Händler vorfanden.

Abg. Heine (Soz.):

Die Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Bureaugehilfen sind, wie der Staatssekretär mitteilte, wegen der schwebenden Tarifverhandlungen zurückgestellt. Selbst wenn diese Verhandlungen zum Ziel führen, ist eine gesetzliche Regelung nicht überflüssig, weil ja der deutsche Anwaltsverein gar nicht alle Anwälte umfaßt, und auch keinerlei Exekutivgewalt gegen seine eigenen Mitglieder hat. — Die Frage nach einem größeren Schutz der Ehre ist ausgerechnet von Herrn Oertel angeschnitten; Herr Boehme hat uns ja neulich mitgeteilt, daß in den letzten zwei Jahren 27 Konsevative und Angehörige des Bundes der Landwirte wegen Beleidigung führender Männer des Deutschen Bauernbundes verurteilt worden sind. (Hört! hört! links.) Scharfe Worte sind im politischen Kampf und bei der Rügung öffentlicher Mißstände und auch bei privaten Verhandlungen gar kein Unglück und gar nicht zu vermeiden, sagt doch ein altes Wort: Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist. Im Kölner Prozeß, wo allseitig anerkannt wurde, daß der Angeklagte sich ein Verdienst erworben hat, ist eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung erfolgt, wegen der Ueberschrift „Bachschisch", wegen des Ausdrucks, es mache sich so etwas wie „Judengeruch" bemerkbar. Wie soll man denn die dort vorgekommenen Dinge anders bezeichnen? Dabei bemerke ich ausdrücklich, daß das Gericht formell und materiell ganz einwandfrei verfahren ist. Die Schuld an solchen Verurteilungen trägt lediglich die Judikatur des Reichsgerichts, die den Begriff der formalen Beleidigung in maßloser Weise ausgedehnt hat. Ein Mangel ist weiter, daß eine Verurteilung auch eintritt, wenn in der Hauptsache die Wahrheit erwiesen und nur irgendein kleiner Nebenpunkt als unerwiesen übrig bleibt. Weiter wird Leuten, deren Ehre angegriffen wird, die Klarstellung unmöglich gemacht, weil der Wahrheitsbeweis wegen Vorliegen sogenannter Wahrung berechtigter Interessen abgeschnitten wird. Hier könnte man die Ehre wirklich schützen, ohne der Freiheit des Wortes neue Fesseln anzulegen. Ganz verfehlt dagegen ist es, die Ehre zu schützen durch Erhöhung der Strafen und Einschränkung des Beweisverfahrens. Dieses Palladium des Angeklagten, sein Recht auf Beweisaufnahme, soll man nicht leichtfertig für eine zweifelhafte Verurteilung preisgeben. (Zustimmung links.) Noch ein Wort zur Klassenjustiz. Herr Pell meint, die Leser der sozialdemokratischen Presse fassen den Vorwurf der Klassenjustiz so auf, als ob den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorgeworfen wird, und diesen dolus eventualis will er aus der Welt gebracht wissen. Das ist ein Mißbrauch des alten ehrlichen Begriffes „dolus eventualis". Schieße ich unter eine Menschenmenge, so nehme ich das Treffen irgend jemandes in meinen Willen auf. Spreche ich aber ein Wort, so darf man mir nicht anrechnen, wenn irgendeine Wirkung im Innern eines Hörers vor sich geht. Kann nir jedes Mißverstehen und jedes absichtliche Verdrehen meiner Worte als dolus eventualis angerechnet werden, so ist das ein Mißbrauch dieses Begriffs, der nur auf eine Gedankenunterdrückung hinausläuft. Bei der Klassenjustiz besteht vielfach der gute Wille des Richters, gerecht zu urteilen, aber es fehlt ihm an Verständnis für die Gedankengänge des aufwärtsstrebenden Arbeiters, er hat kein Verständnis für dessen Ehrgefühl, während dieses Verständnis vorhanden ist, wenn es sich um andere handelt.

Wir stecken noch zuviel im Polizeistaat, als daß die heutigen Richter verstehen, wie es in der Seele des Mannes aus dem Volk aussieht, der sich sein Recht nicht schenken lassen, sondern es erobern will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So erklären sich die Ausbrüche politischer Gehässigkeit bei der Befragung von Angeklagten und Zeugen und bei der Urteilsbegründung. Die große Zugänglichkeit unserer Richter für politische Einflüsse zeigt sich darin, daß gegenwärtig die Strafen bei Streikdelikten dreimal so hoch ausfallen wie früher. Machen die Herren sich nicht klar, wie sie die Justiz bloßstellen, wenn sie sich selbst hinstellen als Blätter, die der Wind der politischen Meinungen so leicht bewegen kann. Vor allem sollte die Justiz dafür sorgen, daß die politischen Prozesse aufhören, denn sie sind der Tod jeder Gerechtigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — An dem Vorgehen gegen Kunstwerke und der dabei geschaffenen Verwirrung ist das Reichsgericht schuld, dadurch, daß es aus dem Begriff des Unzüchtigen das herausgebracht hat, was früher allgemein als dazu gehörig angesehen wurde, nämlich die Absicht der Erregung der Sinnenlust, und daß es ferner von dem Standpunkt abgegangen ist, daß Werke der Kunst und Wissenschaft niemals als unzüchtige Werke angesehen werden können, wie es in älteren Ausgaben des Kommentars von Olshausen noch steht, und schließlich den neuen Satz aufgestellt hat, daß Kunstwerke unzüchtig werden in der Reproduktion. Es sind ganz perverse Gedankengänge, mit denen die Staatsanwaltschaft ihre Anträge auf diesem Gebiete stellt. So meinte ein Staatsanwalt Heinemann in einem Falle, der Schatten an gewissen Teilen des Körpers sei nicht Absicht hervorgerufen worden, um dadurch einen unzüchtigen Effekt zu erzielen. (Hört! hört!) Auf diesen Blödsinn ist das Gericht ja nicht eingegangen, aber welche Unwissenheit auch in technischen Dingen gehört dazu, wenn dieser Staatsanwalt es wagt, dem Gericht so etwas vorzutragen, und der wird auf die Kunst losgelassen! Mir kommt das geradezu pathologisch vor. Dem Reichsgericht sind die Urteile der 12. Strafkammer in Berlin schließlich doch zu bunt geworden, und es hat die Sache an ein anderes Gericht verwiesen. Die Praxis, daß in Berlin jetzt alle derartigen Prozesse an die 12. Strafkammer verwiesen werden, widerspricht geradezu dem Geiste des Gerichtsverfassungsgesetzes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die traurigen Erfahrungen, die man mit politischen Sonderkammern in früherer Zeit gemacht hat, haben ja gerade zu den jetzigen Bestimmungen über die Geschäftsverteilung geführt. Dazu kommt, daß man entgegen dem § 42 der St.-P.-O. mit dem objektiven Strafverfahren gegen solche Druckwerke vorgeht, was nach dem Gesetz nur dann möglich wäre, wenn die Verfolgung einer bestimmten Person nicht ausführbar wäre, während doch der Verleger und die Künstler sehr wohl bekannt sind. Aber wenn gegen diese vorgegangen würde, würde kein Gericht sie verurteilen, deshalb schreitet der Staatsanwalt gegen sie nicht ein, obgleich er sich strafbar macht, wenn er es nicht tut, weil er ja weiß, daß ihn seine Kollege nicht anklagt. Diesem Unfug muß ein Riegel vorgeschoben werden, zumal auch der sozialdemokratischen Presse gegenüber schon vom objektiven Verfahren Gebrauch gemacht worden ist. So wurde ein Flugblatt am Orte seiner Verteilung unter dem Gesichtspunkte des Hochverrats verurteilt, während der Verfasser in Berlin frei herumlief und durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Frage der Bekämpfung der Unsittlichkeit in Bild und Schrift kann ich mich nur dem Abg. Müller-Meiningen anschließen. Das Triebleben der Jugend ist eine natürliche Tatsache, die sich nicht unterdrücken läßt. Das einzige, was der Erzieher dabei tun kann, ist, daß er es durch andere Interessen ausbalanciert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man lasse uns nur ruhig unsere Arbeit unter der Jugend des Volkes verrichten. Knaben, die in unserer Jugendbewegung waren, für Wissenschaft, für Kunst, für die Befreiung des Menschen von Vorurteilen, für Reinheit und Edelheit des Sinnes Interesse erlangt haben, die in unserer Turnerei ihren Körper ausgebildet haben, ihn ehren und achten gelernt haben, die werden sich nicht durch Werke der Kunst zu unlauteren Empfindungen aufreizen lassen. Es handelt sich hier um eine Frage der Bildung, der Kultur. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem werden wir der heutigen Rechtsprechung, Verwaltung und Polizei unter keinen Umständen neue diskretionäre Befugnisse in die Hand geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Dr. Lisco protestiert gegen den vom Abg. Heine gebrauchten Ausdruck von der „verrückten Rechtsprechung" des Reichsgerichts.

Abg. Dr. Gerlach (Z.) erklärt die Aufnahme von Geistesgesunden in eine Irrenanstalt für absolut unmöglich und wendet sich im Namen aller Aerzte gegen die Behauptungen seines Parteigenossen Dr. Belzer über die Unzulänglichkeit der Irrenpflege.

Abg. Dr. Dove (Vp.): Auch ich muß die Art, in der Dr. Belzer von Pflichtiern gesprochen hat, nachdrücklich zurückweisen. Notwendig erscheint mir ein Schutz des Publikums im Verkehr mit Personen, die später für geisteskrank und geschäftsunfähig erklärt werden; es entsteht dadurch eine starke Unsicherheit des Verkehrs.

Abg. Sachse (Soz.)

stellt gegenüber dem Abgeordneten Mertin fest, daß der Staatsanwalt in Waldenburg zu der Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Beleidigung des Abgeordneten Sachse dadurch genötigt war, daß er sich schon früher nach dieser Richtung festgelegt hatte. Von irgendeiner Gefälligkeit dem sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber könne nun so weniger gesprochen werden, als gerade die Waldenburger Staatsanwaltschaft sonst gegenüber den Sozialdemokraten sehr scharf vorgehe.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Staatssekretär Dr. Lisco ersucht, in eine Besprechung des Falls der angeblich unschuldig wegen Anstiftung zum Gattenmord verurteilten und seit 6 Jahren im Zuchthaus sitzenden Witwe Hamm aus Flandersbach nicht einzutreten; es handle sich um ein schwebendes Verfahren, da die Wiederaufnahme beantragt sei. An der Erörterung eines schwebenden Gerichtsverfahrens aber könnte sich die Justizverwaltung nicht beteiligen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag, 1 Uhr.

Schluß: 6¾ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Steckbriefe gegen Arbeiter.

Wie die Fabrikanten auch in normalen Zeiten, außerhalb des Kriegszustandes (Streiks oder Aussperrungen), den Terror gegen die Arbeiter in rücksichtslosester Weise anwenden, kann wieder einmal an einem konkreten Falle deutlich gezeigt werden. In einem Industriebezirk (Schwarzenberg) des sächsischen Erzgebirges haben die Fabrikanten das System der schwarzen Listen gegen die Arbeiter fest organisiert. Aus uns vorliegenden Originalzirkularen ist zu ersehen, daß hinter die Arbeiter und Arbeiterinnen, die einen Ring der Unternehmer angeschlossene Fabrik verlassen, ein förmlicher Steckbrief erlassen wird, so daß der Fabrikant, bei dem der Arbeiter in andere Beschäftigung treten will, vorher schon genau unterrichtet ist, ob der Arbeiter kündigte oder ob und warum er entlassen wurde, oder freiwillig die Arbeitsstätte verließ.

So lautet ein uns vorliegender Uriasbrief wörtlich (die Namen und Daten lassen wir weg):

„Die Firma . . . . . in . . . . . teilt uns unterm 24. cr. mit: Der am . . . . . in . . . . . geborene Fabrikarbeiter . . . . wohnhaft jetzt in . . . . verließ, nachdem er erst vor acht Tagen angetreten war, heute, Montag, den 24. 2., wo er erst von mittag ab zwei Stunden gearbeitet hatte, ohne Kündigung und ohne Grund die Arbeit. Er kam und ließ sich einen Krankenschein ausstellen und wollte wegen Magenkrankheit zum Arzt gehen, es stellte sich aber sogleich heraus, daß er den Zettel vernichtet hatte und sich nach anderer Arbeit umsah; trotzdem er keine Papiere hatte, gab er sich als arbeitslos aus und gab den Stundenlohn 4 Pf. höher an, als er ihn in Wirklichkeit hatte, nur um einen hohen Lohn zu erzielen. Des weiteren hat der Jüngling ein sehr energisches Auftreten und wird dabei noch anmaßend. —Zur Kenntnisnahme."

In einem anderen Schriftstücke wird mitgeteilt, daß die und die Arbeiterin bei der und der Firma „die Arbeit ohne Kündigung verlassen" hat. Ausgestellt ist dieser Steckbrief am 25. 2. 13. und er wird am Ende bezeichnet als: „Giltig bis 24. März 1913." Diese Angabe hat offenbar den Sinn, daß jene Arbeiterin, die so vermessen war, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, einen vollen Monat lang in den Fabriken dieses Terrorismus-Ringes keine Arbeit erhalten soll!

Doch auch dann verständigen sich diese Unternehmer, wenn erlassene Steckbriefe sich erledigt haben und wieder aufgehoben werden sollen. So wird in einem dieser Verständigungsschreiben gesagt, daß „der unter dem 17. d. M. gemeldete Schlosser . . . . . aus . . . . . wieder zurückgekehrt ist, um die vorgeschriebene Kündigungsfrist abzuarbeiten. Unsere Meldung vom 18. d. M. findet dadurch ihre Erledigung."

Man hat es also hier mit einer Art geheimer Feme gegen alle die Arbeiter zu tun, die sich nicht ganz als willenlose Objekte von den Unternehmern behandeln lassen. Der Fall ist sicher nicht vereinzelt. Er tritt aber hier in einer besonders brutalen Form hervor. Er bietet sicher auch sehr geeignetes Material für die Sammlung des Herrn Reichskanzlers zum Schutze der Arbeitswilligen.

Lohnbewegung der Kölner Gerüstbauer. Die in Köln im vorigen Jahre mit den Unternehmern im Leitergerüstbaugewerbe, nach voraufgegangenem 14tägigem Streik abgeschlossenen Tarifverträge wurden am Ende des vorigen Monats gekündigt und am 16. Februar ist der neue Entwurf den Unternehmern zugesandt. Nun hat es den Anschein, als wenn auch in diesem Jahre die Unternehmer sich nicht mit der Absicht trügen, die Lohnbewegung auf friedlicher Basis regeln zu wollen, da einer dieser Herren bereits mit dem Import von „Arbeitskräften" aus seinem Heimatsort begonnen hat.

Alle rechtlich denkenden Arbeiter sind hiermit dringend ersucht, sich nicht verleiten zu lassen, den in Köln um berechtigte, minimale Forderungen kämpfenden Gerüstbauern in den Rücken zu fallen. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Beendeter Boykott über die Wurstfabrik von Voß u. Cloner in Moriorf (Holst.). Nach vierzehntägigem Kampfe kam es am 16. Februar zu einem annehmbaren Tarifabschluß zwischen genannter Firma und dem Zentralverband der Fleischer. Tariflich festgelegt wurde die Arbeitszeit, Pausen, Bezahlung der Ueberstunden wochentags mit 50 Pf. und Sonntags mit 60 Pf. Die Mindestlohne betragen nunmehr für ledige Gesellen 14 Mk., für verheiratete Gesellen 28 Mk. und für Hilfsarbeiter über 18 Jahre 25 Mk. pro Woche. Sechs Wochen nach Einstellung und nach einem Jahre erfolgt je eine Mark Zulage. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist insoweit anerkannt, daß die Firma je nach Dauer der Beschäftigung bis zu drei Wochen bei Krankheit und militärischen Uebungen den Lohn weiterzahlt. Die Arbeit wurde am Dienstag früh wieder aufgenommen.

Soziales.

Handwerksburschen werden nicht aufgenommen.

Auf dem Waldstein, einem der höchsten Punkte des Fichtelgebirges, befindet sich eine Restauration mit Unterkunft für Touristen. Dort erschien vor einigen Tagen der auf der Wanderschaft befindliche Maler Theodor Rode aus Döbeln in Sachsen, um, da schon der Abend angebrochen war, hier zu übernachten. Das Nachtquartier wurde ihm aber, wie der Bote vom Waldstein, ein bürgerliches Blatt, berichtet, verweigert mit der Bemerkung: Handwerksburschen werden nicht aufgenommen. Der arme alte Mann mußte den Weg durch den Gebirgswald suchen, um nach dem nächsten Orte Weißenstadt zu gelangen. Am nächsten Morgen wurde er von zur Arbeit gehenden Steinbrechern auf der Straße vollständig erstarrt aufgefunden; ins Krankenhaus verbracht, starb er gleich darauf an Lungenentzündung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 19. Februar 1914.

Sechsundsechzig voll!

Das Stadtverordneten-Kollegium, in dem seit Beginn des Jahres von 66 Sitzen drei unbesetzt waren — Herr Neise ist gestorben, Herr Probst zum Mitglied der „ersten Kammer" avanciert, Herrn Biermanns Wahl für ungültig erklärt —, wird wieder komplett sein, wenn dieses Blatt in die Hände der Leser gelangt.

Die Nachwahlen in der Altstadt, die von der zweiten Abteilung gestern und heute vorgenommen wurden, kamen ohne jede Aufregung zustande. Gegen die Liste des Hausbesitzervereins macht sich nicht der geringste Widerspruch laut. Alle bis Mittwoch abend abgegebenen Stimmen — 224 — lauteten auf die Namen Höfchel und Weschke, die somit gewählt sind. Einen sozialen Gewinn wird die Stadt aus der Tätigkeit dieser Herren nicht erwarten dürfen; sind sie doch ausdrücklich in der Absicht aufs Rathaus geschickt worden, die Interessen des Haus- und Grundbesitzes in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten!

Ein wenig stärkeres Interesse ist der Wahl im Bezirk Vororte entgegengebracht worden. Dort tobte der Kampf um das zweitklassige Mandat recht heiß. Er richtete sich gegen den Haus- und Grundbesitzerverein, der mit der Kröllwitzer Papierfabrik im Bunde wenigstens die Kandidatur Lange durchbringen wollte. Der Bürgerverein hatte Herrn Professor Biermann wieder aufgestellt. Während er bei der Hauptwahl im November nur 148 Stimmen auf sich vereinigte — wegen Ungültigkeitserklärung einer Stimme mußte auch die Wahl Biermanns für ungültig erklärt werden — da dann die absolute Mehrheit nicht mehr vorhanden war —, stimmten diesmal 148 Wähler für den Bürgervereinskandidaten. Auf die Kandidatur Lange vereinigten sich nur 111 Stimmen, gehn weniger als bei der Hauptwahl. Professor Biermann ist damit endgültig gewählt.

Darf man von ihm erwarten, daß er zukünftig als Inhaber des Mandats zu der schönen Kandidatenrede steht, die er am Montag abend draußen in Wittekind gehalten hat? Oder wird Herr Biermann ein gleich eifriger Vertreter von Besitzerinteressen sein, wie seine Amtskollegen auf dem Rathause?

Harter Kampf um die Armenrente.

Aus Nietleben wird uns geschrieben:

Im Februar 1913 erkrankte der 65 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Heinrich R. von hier. Nach halbjähriger Dauer der Krankheit stellte die Krankenkasse die Unterstützung ein und der Arzt gab die weitere Behandlung R.s auf, weil eine Wiedergenesung aussichtslos war. R. erhielt dann Ende August 1913 von der Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt den Bescheid, daß ihm seit Beginn seiner Krankheit, ab 6. Februar 1913 wegen dauernder Invalidität eine laufende Monatsrente von 18,05 M. zugesprochen sei. Dem Bescheide waren die notwendigen Monatsquittungen mit der Bemerkung beigelegt, daß sich R. die rückständige Rente vom 6. Februar bis 6. August auf der Post nachzahlen lassen sollte. Der bis zum Skelett abgemagerte, 65jährige alte Mann kam dadurch mit seiner 67 Jahre alten gebrechlichen Ehefrau (die Frau ist mit Brüchen belastet) mit einem Male in den Besitz der kleinen Summe von 108,30 M. Von nun ab erhielt R. eine monatliche Invalidenrente von 18,05 M. Davon mußte er monatlich 7 M. Miete zahlen. Zum Lebensunterhalt blieb dem Proletarier-Ehepaar also noch der beraten Betrag von 11,05 M. Das macht, den Monat zu 30 Tagen berechnet, **pro Tag 36⅓ Pfg.** für zwei erwachsene Leute! Solange nun die alten Leute von den 108,30 M. nachgezahlter Invalidenrente etwas zuzusetzen hatten, brauchten sie noch keinen Hunger zu leiden. Im November war das Geld aber verbraucht (die rückständige Miete für Juli und Oktober war davon bezahlt worden) und nun ging das Hungern los. Von Ende Oktober ab waren die alten Leute auf die Hilfe ihrer zwei in Nietleben wohnenden, verheirateten Töchter angewiesen, die aber leider, weil sie ebenfalls nur Arbeiter und mit Kindern reich gesegnet sind, auf die Dauer ihre Eltern nicht unterstützen konnten.

In ihrer Not wandten sich dann die alten Leute an einen unserer Parteigenossen, der in der Gemeindevertretung sitzt. Im November brachte dieser nun die traurige Angelegenheit in der Gemeinderatssitzung zur Sprache. Genosse Waldstein stellte den Antrag, daß dem Ehepaar bis zur endgültigen Entscheidung durch den Armenverband Nietleben-Granau der Vorsitzende des Armenverbandes angewiesen werden sollte, dem Ehepaar vorschußweise eine Monatsrente von 15 Mk. zu zahlen. Der Antrag wurde von der Gemeindevertretung auch einstimmig angenommen. Ganz anders aber handelte der Vorsitzende des Armenverbandes Nietleben-Granau, Fabrikbesitzer Paul Heidenreich. Herr Heidenreich lehnte die Erfüllung des Antrages kurzerhand ab, weil ihm als Vorsitzenden des Armenverbandes die Gemeindevertretung nichts zu sagen hätte! In derselben Gemeinderatssitzung aber mußte die Gemeindevertretung als zweite Rate noch 2000 Mk. für den Armenverband nachbewilligen. Eine herrliche Einrichtung, dieser Armenverband! Nach Ansicht des Herrn Heidenreich scheinen die Gemeindevertreter nur dazu da zu sein, die Mittel für die Ausgaben des Armenverbandes zu bewilligen. Im übrigen aber haben sie nichts zu sagen!

Nach wiederholtem Vorstelligwerden durch Frau R. und ihre verheiratete Tochter erhielt das R.sche Ehepaar dann endlich vom Armenverband eine monatliche Rente von 8 Mk. zugesprochen. Jetzt hatte R. nun mit seiner Frau monatlich 49,05 Mk. zu verleben, macht pro Jahr 631 Mk. und 5 Pfg. Gegen diesen Entscheid des Gesamt-Armenverbandes Nietleben-Granau wurde am 23. Dezember 1913 Berufung beim Kreisausschuß eingelegt und am 5. Februar erhielt R. vom Kreisausschuß dann folgenden Beschluß zugestellt:

Auf die Beschwerde des Arbeiters Heinrich R. in Nietleben vom 23. Dezember 1913 wider den Gesamtarmenverband Nietleben-Granau wegen Erhöhung der Armenunterstützung von 8 Mk. monatlich, hat der Kreisausschuß in seiner Sitzung vom 30. vorigen Monats beschlossen, den Gesamtarmenverband Nietleben-Granau für verpflichtet zu erachten, dem Beschwerdeführer außer der baren Unterstützung von monatlich 8 Mk. noch freie Wohnung und Feuerung zu gewähren.

Gründe: Der Arbeiter H. R. in Nietleben bezieht eine monatliche Invalidenrente von 18,05 Mk., außerdem erhält er eine monatliche Armenunterstützung von 8 Mk. Von dieser Einnahme muß R. für den Lebensunterhalt für seine Ehefrau und sich sorgen und die Wohnung und Feuerung bezahlen. Mit 26,05 Mk. monatlich kann das R.sche Ehepaar aber nicht auskommen. R. soll allerdings ein Sparguthaben von 100 Mk. besitzen. Da dieser Betrag nur kurze Zeit zum Lebensunterhalt reichen würde, so mußte der Gesamtarmenverband zur Gewährung von freier Wohnung und Feuerung für das Ehepaar außer der baren Unterstützung von monatlich 8,00 Mk. angehalten werden.

Der Bescheid über die Invalidenrente liegt wieder bei.

Halle a. d. Saale, den 5. Februar 1914.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
J. A.: Koester, Regierungsassessor.

Man sollte nun annehmen, daß dem armen Teufel die Unterstützung sogleich und ohne ein Wort der Widerrede zugesprochen worden wäre. Das war aber nicht der Fall. Herr Heidenreich ließ am Freitag, als sich R. bei ihm einfand, um die Unterstützung in Empfang zu nehmen, dem alten Mann gegenüber erst noch seinen Aerger über die eingelegte Beschwerde aus. Darüber ist man in der Gemeinde mit Recht empört. Wie jeder Arbeiter, so meint man, hat vor allem einer, der fünfzig Jahre lang in treuer Pflichterfüllung der Gesellschaft gedient, Anspruch auf anständige zuvorkommende Behandlung.

Herrn Heidenreich, Besitzer der Nietleber Preßkohlensteinfabrik, hat das Bürgertum vor zwei Jahren dadurch geehrt, daß man eine Straße „Paul Heidenreich-Straße" benannte. Wir meinen, diese Ehre verpflichtete zu einem anderen Verhalten gegenüber dem Armen der Gemeinde!

*** Parteigenossen! Heute, Donnerstag, abend sind Distriktsversammlungen. Es sind wichtige Punkte zu beraten angesichts der Werbewoche für die Partei. Versäume deshalb niemand den Besuch!**

*** Wahlerfolg der freien Gewerkschaften!** Bei der am 14. Februar stattgefundenen Wahl der Ausschußmitglieder der neu zu errichtenden Krankenkasse der Bauinnung wurden insgesamt 340 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 270, auf die Liste der Gegner 69. Es erhalten die freien Gewerkschaften acht, die Gegner zwei Vertreter des Ausschusses. Bei Berücksichtigung aller Umstände (namentlich der großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der Agitation, die die Unternehmer unter ihren Lieblingen, wie Polieren usw., entfaltet haben) ist der Wahlausfall als außerordentlich günstig für die organisierte Arbeiterschaft zu bezeichnen.

* **Die große Kanalanlage der Stadt Halle** zur Fäkalienbeseitigung geht ihrer Vollendung entgegen, so daß mit der Inbetriebsetzung wenigstens eines Teiles — des Nordviertels jedenfalls — zum Herbst gerechnet werden kann. Der Zeitpunkt, von welchem in den Häusern die Klärgruben in Fortfall kommen können, wird für die einzelnen Straßen besonders bekanntgegeben. Die Beseitigung muß dann innerhalb dreier Jahre erfolgen. Mit der Beseitigung der Gruben ist auch innerhalb des Grundstücks eine Aenderung dahin nötig, daß die Abfallrohre nicht erst nach der Grube geleitet, sondern auf dem kürzesten Wege an die Hausstammleitung angeschlossen werden. Für die Hausbesitzer entsteht der Vorteil, daß sie die Gruben nicht entleeren zu lassen brauchen, dafür sind sie aber nach der Ordnung über die Kanalisationsgebühren verpflichtet, für Abführung der Fäkalien ½ Prozent des Nutzungswertes des Grundstücks zu zahlen. Nach einer weiteren Bestimmung des Statuts kann durch Gemeindebeschluß der Jahressatz von ½ Prozent auf 1 Prozent erhöht werden. Da aber für die ebenfalls der Vollendung nahen Kläranlagen ein System gewählt ist, welches sehr geringe Betriebskosten erfordert, so läßt sich mit großer Sicherheit voraussehen, daß dieser Satz von ½ Prozent nicht erhöht zu werden braucht. Für die Mieter darf der vorgenannte für 1914 berechnete Satz von 1½ Prozent überhaupt nicht erhöht werden.

*** 28 Prozent Dividende!** Die Hallischen Betriebe der Metallindustrie sind mit nur geringen Ausnahmen allesamt Goldgruben. In der am Dienstag stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der Hallescher Maschinenfabrik und Eisengießerei wurde beschlossen, der am Freitag, den 13. März, abzuhaltenden Generalversammlung der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1913 eine Dividende von 28 Prozent (gegen 30 Prozent im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen. Die dividendengesegneten Herrschaften werden diese Kunde mit Wonne entgegennehmen. Ob sie bei den Arbeitern der Firma die gleiche Wirkung auslösen wird? Werden sie nicht bis auf den letzten Mann erneut zu der Erkenntnis gelangen, daß sie mit ihren Löhnen noch längst nicht den ihnen gebührenden Anteil am Gewinn ihrer Arbeit ausgehändigt bekommen? Und daß sie alle Ursache haben, die Reihen der freien Gewerkschaften zu schließen, damit das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Dividende beseitigt wird?

* **Die Krankenversicherung der Dienstboten** war der Verhandlungsgegenstand einer öffentlichen Versammlung der Hausangestellten, die am Mittwoch im Augustinerbräu stattfand. Die Versammlung war überaus gut besucht. Der Saal war vollbesetzt. Das Referat hatte Arbeitersekretär Kleeis, er erläuterte in fast zweistündiger Rede klar alle Einrichtungen der Versicherung, wie sie namentlich in Halle vorhanden sind. Die Debatte war sehr lebhaft und interessant. Zwei Damen von der bürgerlichen Frauenbewegung legten ihren Standpunkt zu den angelegenheiten dar. Eine Vertreterin des Hausfrauenbundes meinte, daß sie gar nichts gegen die Krankenversicherung der Dienstboten einzuwenden habe und diese als Vorsichtsrat anerkenne. Ueberhaupt sei es besser, wenn der Verband der Hausangestellten und der Hausfrauenbund mehr Hand in Hand gingen. Eine andere Rednerin erwiderte darauf, daß sie einmal ein Rundschreiben des Hausfrauenbundes an dessen Mitglieder gesehen habe, in dem vor dem Verbande der Hausangestellten als einer sozialdemokratischen Organisation gewarnt wurde. Das sei kein „Hand in Hand-Arbeiten". Die Vertreterin des Hausfrauenbundes entgegnete nichts hierauf, also muß es auch seine Richtigkeit haben mit dem Rundschreiben. Die andere Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung wünschte, daß der Verband der Hausangestellten auch mehr Aufmerksamkeit auf die Ausbildung der Mädchen verwende. Die Mädchen von heute seien meist unbrauchbar. Dann würden auch die Löhne steigen. Es wurde ihr erwidert, daß der Verband der Hausangestellten schon, soweit in seinen Kräften steht, für die Weiterbildung der Mädchen sorgt. Im übrigen hat der Verband im vergangenen Jahr eine Eingabe an Magistrat, Stadtverordnetenvorsteher und alle Stadtverordneten gemacht, welche die Einführung von Haushaltungsunterricht für Dienstmädchen durch städtische Schulen fordert. Die Petition war gut ausgearbeitet und begründet. Die Stadtverordnetenversammlung hatte aber alles abgelehnt. Mit einem Appell an die Anwesenden, ausnahmslos dem Verbande beizutreten, schloß die Versammlung.

* **Hausgewerbtreibende und Krankenkasse.** Die Allg. Ortskrankenkasse erucht uns um Aufnahme der nachstehenden aufklärenden Zeilen: Nach der Vorschrift des § 473 RVO. haben diejenigen Gesichtsinhaber (Auftraggeber), die Hausgewerbtreibende beschäftigen, der für ihren Betriebssitz zuständigen Krankenkasse in der ersten Woche eines jeden Monats auf ihre Kosten eine Liste der im abgelaufenen Monat hausgewerblich Beschäftigten in zwei Stücken einzureichen. Für Firmen, die im Stadtbezirk Halle ihren Betriebssitz haben, ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Brüderstraße 14 zuständig. Die nach besonderer Vorschrift hergestellten Vordrucke sind bei der Druckerei Otto Hendel, Gr. Brauhausstr. 17, erhältlich. Es empfiehlt sich, zur Verminderung des Schreibwerks in die Druckstücke gleich Namen und Betriebssitz des Auftraggebers eindrucken zu lassen, da sich diese Angaben beim Namen jedes einzelnen Versicherten wiederholen müssen. Die Formulare sind nach der Vorschrift des Reichskanzlers in abtrennbare Abschnitte (perforiert) eingeteilt, die jedesmal den Namen eines Beschäftigten enthalten, damit die Nachweise leichter auseinandergenommen und an die zuständigen Kassen verteilt werden können. Das hiesige Versicherungsamt hat nun in einer Entscheidung vom 20. Januar 1914 festgestellt, daß alle Personen, die nicht aus besonderen Gründen ausnahmsweise Arbeiten, die sonst in den Fabrik- oder Geschäftsräumen erledigt werden, in ihrer Wohnung besorgen, zu den Hausgewerbtreibenden zu rechnen sind, so daß eine Reihe von Personen, die bisher mit der Bezeichnung Heimarbeiter belegt wurden, jetzt zu den Hausgewerbtreibenden gerechnet werden müssen. Es fallen darunter also alle Personen, die für Papierwarengeschäfte (Luxus- und Gebrauchspapiere), für die Drogen-Großhandlungen (Teefabriken), für Manufaktur- und Wäschehandlungen, für Bekleidungsgeschäfte (Männer-, Frauen-, Kinderbekleidung) usw. Arbeiten in ihrer Wohnung (Werkstatt) herstellen einschl. der von ihnen dazu herangezogenen Personen (hausgewerbl. Beschäftigte). Die Versicherungspflichtigen Hausgewerbtreibenden müssen sich als Mitglieder selbst zur Eintragung bei der Kasse anmelden, ebenso haben Hausgewerbtreibende, die regelmäßig wenigstens zwei hausgewerblich Versicherungspflichtige, abgehen von den zur Familie gehörigen Hausgenossen, beschäftigten, sich und alle Beschäftigten zur Eintragung in das Verzeichnis an- und abzumelden.

* **Der Vereinskalender** zur Bekanntmachung von Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften, sozialdemokratischen, geselligen und sportlichen Vereine, ebenso auch der Uebungsstunden dieser Vereine im Verbreitungsbezirks des Volksblattes, soll ab Ende dieses Monats regelmäßig zur Veröffentlichung kommen. Vereine, die das Schreiben des Verlags noch nicht beantwortet haben und auch diejenigen, die ein solches in Ermangelung von Adressen nicht erhielten, und sich an der Einrichtung beteiligen wollen, mögen den Inseratentext bald einsenden. Zur Information sei mitgeteilt daß der Jahresbetrag bei wöchentlicher Publikation 5 Mark für die Zeile beträgt. Wird die Veröffentlichung nur vierzehntägig gewünscht, so kostet die Zeile 2,50 Mk. und bei monatlicher Bekanntmachung 1,25 Mk.

* **Neue Straßenbahnwagen** sollen auf der im Bau begriffenen Linie der städtischen Straßenbahn nach Büschdorf eingestellt werden. Es handelt sich um sechs bis acht Wagen, die 10½ Meter lang sein werden, ungefähr so lang wie die neuen Stadtbahnwagen. Die Wagen werden mit allen Verbesserungen der Neuzeit ausgestattet; sie sind der Waggonfabrik Gottfried Lindner bereits in Auftrag gegeben worden. Die Armierung besorgen die Bergmann-Werke in Berlin. In welcher Weise die Gepäckbeförderung auf der neuen Linie eingerichtet werden soll, ist noch reiferer Erwägung vorbehalten.

* **Stadttheater.** Morgen, Freitag zum letzten Male Die Reise um die Erde. Sonnabend einmalige Aufführung von Lessings Minna von Barnhelm. Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse. Sonntag vormittag 11½ Uhr Erstaufführung Schirin und Gertraude, ein Scherzspiel in 4 Akten von Ernst Hardt. Sondervorstellung für die Mitglieder der Literarischen Gesellschaft. Der Dichter hat sein Erscheinen zugesagt. — Nachmittags 5 Uhr letzte Festaufführung des Bühnenweih-Festspiels Parsifal unter Mitwirkung von Walter Kirchhoff, Martha Leffler-Burckard u. Walter Soomer. Auswärtige Theaterbesucher seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung präzise 10¼ Uhr zu Ende ist und alle Anschlüsse bequem erreicht werden können.

* **Warnung vor Stoffschepern.** Man schreibt uns: Seit etwa zwei Wochen treibt ein Stoffschwindler hier sein Wesen und schädigt hauptsächlich kleine Handwerker und Arbeiter schwer. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Figur groß, schlank, blondes Haar, Alter 35 bis 38 Jahre. Er nennt sich Bauer oder Brauer, gibt an, in der Landsberger Straße zu wohnen, auch zeigt er als Legitimation einen Auskunftszettel des Einwohnermeldeamtes vor. Beim Verkauf seiner Ware arbeitet der Schwindler nach folgendem Rezept. Sein Bruder hätte in Leipzig ein großes Stoffversandgeschäft, er wäre in Konkurs geraten und hätte sich erschossen. Da er für diesen Bruder gutgesagt, mußte er das Warenlager übernehmen, und um nun rasch zu seinem Gelde zu kommen, verkaufe er diese Stoffe zum Spottpreise, damit arme Leute auch einen großen Nutzen hätten. Dieser „Nutzen" besteht nun darin, daß dieser Schwindler 12 Meter Stoff für den Preis von 40 bis 70 Mark verkauft, je nachdem sich der Geneppte überreden läßt. Dabei besitzen diese Stoffe höchstens — 1,20 Mk. Wert pro Meter und zur Anfertigung von Anzügen oder Damenkostümen eignen sie sich überhaupt nicht, da der Arbeitslohn das zehnfache ausmacht und die Haltbarkeit ganz gering ist. Den so Geschädigten ist zu raten, unverzüglich Anzeige bei der Kriminalpolizei zu machen, damit diesem Schwindler das Handwerk gelegt werden kann, der Kundschaft und reelle Geschäftswelt in gleicher Weise schädigt.

* **Kleine Chronik.** Ein 25 Jahre alter, in der Merseburger Straße wohnhafter landwirtschaftlicher Inspektor verübte in der Artilleriestraße unweit der Kassler Bahn Selbstmord durch Erschießen. Die Gründe zur Tat sind nicht bekannt. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhofe geschafft. — Ein Baggerschiff, das in der vergangenen Nacht durch eine Straßenlokomotive von einer in der Lützener Straße belegenen Maschinenfabrik nach auswärts befördert werden sollte, konnte nur eine kurze Strecke durch die Lützener Straße befördert werden, da die Lokomotive die Last nicht zu ziehen vermochte. — In der Reilstraße wurde durch Rutschen von Möbelstücken, die auf ein von auswärts kommendes Fuhrwerk geladen waren, eine Gaslaterne umgefahren und zertrümmert. — Ein vor einem Kraftwagen scheuendes Pferd ging in der Seebener Straße durch. Es wurde, ehe es Schaden angerichtet hatte, von einem auswärts wohnenden Gutsbesitzer in der Wittekindstraße aufgehalten. — Festgenommen wurden zwei Frauen, die gewilderte Hasen verkaufen wollten. — Elf obdachlose Männer wurden im Polizeigewahrsam aufgenommen.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Walhalla-Theater. Das Farmermädchen, welches sich in der glänzenden, von der gesamten Presse gewürdigten Aufführung durch das Max Walden-Ensemble rasch die Gunst des Publikums errungen hat, dringt ausverkaufte Häuser. Es empfiehlt sich die Entnahme von Einlaßkarten im Vorverkauf.

Nietleben. Im letzten Vierteljahr 1913 wurden von der Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins 1 302 718 Hektoliter (im Vorvierteljahr 1310307 Hektolit.) Kohle gefördert, 14 047 (14 060) Tonnen Briketts, 2812 (2159) Tonnen Grudekoks, 737 000 (2 085 000) Stück Ziegelsteine hergestellt. Die Teerverarbeitung betrug 10 671 (10 560) Doppelzentner. Von vorstehenden Erzeugnissen wurden 1 288 895 (1 229 454) Hektolit. Kohle, 13 741 (13 852) Tonnen Briketts, 2926 (2121) Tonnen Grudekoks, 1 000 550 (1 425 650) Stück Ziegelsteine abgesetzt. Der **Ueberschuß** nach Abzug der Zinsen stellt sich auf **143 735** (48 416) Mk. — Ein glänzendes Geschäft!

Wörmlitz. Zweckverbands-Gemeindevertretersitzung am 17. Februar. Zu Punkt 1, Ausbesserung des Weges zwischen Rotengatten und Exerzierplatz wurde beschlossen, bei mehreren Materiallieferanten Preise einzufordern. Zu bemerken ist hierzu noch, daß der in Frage kommende Weg von Wörmlitzer Besitzern fast gar nicht befahren wird, sondern nur von der Artillerie und den Sand- und Steinwagen, welche das Baumaterial für das Militär anfahren. Punkt 2, Straßenbeleuchtungszeiten Morgenstunden, wurde zurückgestellt. Es sollen Erkundigungen eingeholt werden über Kosten einer Umänderung der Ein- und Ausschaltung vom Transformatorenhaus in der Fabrik der Firma Huth & Richter. Zu Punkt 3 wurde das Projekt einer Güterladestelle am Röpziger Wege vorgelegt, das gemeinschaftlich von den Gemeinden Wörmlitz, Beesen und dem Artillerie-Depot zu Magdeburg an die Eisenbahndirektion eingereicht, von dieser aber abgelehnt wurde. Die Angelegenheit ist dem Landtagsabgeordneten Delius übergeben worden.

— Gemeindebericht. 1. Wahl dreier Schulvorstandsmitglieder. Auf den Vorschlag des Vorstehers, die drei jetzt im Schulvorstand vertretenen Herren wiederzuwählen, wurde ein weiterer Antrag von den Vertretern der 3. Klasse gestellt, den Schulvorstand aus der Gemeinde zu wählen. Dieser wurde jedoch abgelehnt und die drei alten Mitglieder Jache, Lehmann und Mettin gegen 2 Stimmen der dritten Abteilung wiedergewählt. 2. Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 20-16/fragment/page=0006

Anschaffung einer Wahlurne nach den neuen Bestimmungen wurde zugestimmt.

Beesen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde bekanntgegeben, daß die provisorische Ueberführung der Halle-Ammendorfer Straße nebst der elektrischen Fernbahn über die Halle-Kasseler-Eisenbahn am Rosengarten am 21. Februar dem Verkehr übergeben werden soll. Im Laufe des Frühjahrs sollen die Feld- und Wilhelmstraße kanalisiert werden. Herr Ingenieur Rostinger, Halle hat den Plan ausgearbeitet und soll die Leitung übernehmen. Die Offerten werden von vier Firmen eingefordert. Die Abstimmung ergab 11 gegen 1 Stimme. Dem Sächsisch-Thüringischen Heimatverein wird die Erlaubnis zur Aufstellung einer Ruhebank erteilt. Die Wahlen der Gemeindevertreter finden am 10. März, nachmittags 5 Uhr, in der Broihanschenke statt. Auch wurde eine Kollekte für die Ueberschwemmten an der Ostsee beschlossen, ferner die Einkleidung von drei armen Konfirmanden. Der Steuersoll für das Jahr 1914 soll in der nächsten Sitzung festgelegt werden.

Allerlei.

Das Gutachten über den Massenmörder Wagner.

Im Württembergischen Staatsanzeiger ist am Mittwoch in Verfolg des vom Justizminister in der Kammer gegebenen Versprechens die Oeffentlichkeit über die Begründung des Gerichtsbeschlusses, wonach der Massenmörder Wagner dauernd in eine Irrenanstalt interniert wird, aufgeklärt. Ueber die Beweggründe der Tat Wagners wird gesagt. Wagner habe sich über ein im März 1901 in Mühlhausen begangenes Sittlichkeitsverbrechen dauernd Vorwürfe gemacht. Er sei immer und immer der Ansicht gewesen, die Leute hätten über ihn gesprochen und Anspielungen gemacht. So sei dann der Entschluß in ihm gereift, sich das Leben zu nehmen und sich gleichzeitig an den Mühlhausenern zu rächen. Seit dem März 1901, dem Zeitpunkt seiner Verfehlung, habe Wagner stündlich seine Verhaftung erwartet, und nach seiner Hochzeit habe er stets einen Revolver bei sich getragen. Es ist jedoch festgestellt worden, daß von der Verfehlung Wagners niemand eine Ahnung gehabt, geschweige denn das jemals ein Mensch ihn deswegen lächerlich gemacht hat. — Die Sachverständigen kamen in voller Uebereinstimmung zu dem Ergebnis, daß sich Wagner ohne alle Zweifel seit jener Zeit im Zustand der Geistesverwirrung und Störung der Geistestätigkeit befunden habe, so daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Das Gericht habe daher beschlossen, Wagner dauernd in eine Irrenanstalt zu internieren.

Der Zigeuner Ebender abgeurteilt.

In dem Schwurgerichtsprozeß gegen den Zigeuner Ernst Ebender, der wegen Mordversuchs an dem Gendarmerie-Wachtmeister Bürk aus Fulda und an dem Landwirt Wehner angeklagt war, wurde am Mittwoch in Hanau das Urteil gefällt. Der Prozeß bildet ein Nachspiel zu der Ermordung des Försters Romanus, der im Februar 1912 von einem Zigeuner getötet wurde, und als dessen Mörder Ebender angesehen wurde. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten wegen Totschlagsversuchs für schuldig. Das Gericht verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus und sechs Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Ein Hauptmann wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt.

Das Kriegsgericht der 35. Division in Thorn verurteilte den Hauptmann Seyer vom 81. Artillerieregiment wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung seinem Major gegenüber, der bis vor kurzem gleichfalls Hauptmann im Regiment war, zu 14 Tagen Stubenarrest.

Ein grauenhafter Fund.

Zwischen den Stationen Waltersbrück und Schlierbach wurde von einem Bahnwärter an der Bahnstrecke ein Kind im Alter von etwa einem Jahre mit durchschnittenem Halse aufgefunden, das noch Lebenszeichen von sich gab, aber nach kurzer Zeit verstarb. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Kind zweifellos aus dem Schellzuge Hannover-Kassel-Frankfurt a. M. herausgeworfen ist.

Mordwerkzeug für den Luftkrieg.

Paris, 19. Februar. Am Eiffelturm wurden gestern Versuche mit Brandpfeilen vorgenommen, die den Flugzeugen als Zerstörungswaffe gegen feindliche Lenkballons dienen sollen. Die Pfeile sind 40 Zentimeter lang und 5 Zentimeter breit. Sie bestehen aus Stahl und sind mit einer Art Schraubenflügel ausgerüstet. Im Innern befindet sich ein Behälter mit Benzin, der sich, sobald die Spitze aufschlägt, entzündet und explodiert. Die mit Strohbüschseln gemachten Versuche gelangen.

Schreckenstat eines Irrsinnigen.

Auf dem Bahnhofe in Krasnojars (Gouvernement Astrachan) erschien kurz vor der Abfahrt eines Zuges ein Kranker, der aus einer psychiatrischen Klinik entflohen war, stürzte sich auf einen Soldaten und tötete ihn durch einen Beilhieb auf den Kopf. Acht andere Reisende und vier Gendarmen, die sich dem Tobsüchtigen in den Weg stellten, wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Ein Kompromißbeschluß zur Sonntagsruhe.

Berlin, 19. Februar. (Telegramm.) Die 24. Reichstagskommission zur Beratung eines Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe beschloß mit 18 gegen 10 Stimmen, daß in Gemeinden über 75 000 Einwohnern im Handelsgewerbe im Betriebe der öffentlichen Verkaufsstellen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen.

In Halle würde also die vollkommene Sonntagsruhe eingeführt werden müssen, wenn — — dieser Beschluß Gesetzeskraft erlangen würde. Bis dahin wird's aber noch gute Weile haben!

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, und Parteinachrichten Paul Lennig, für Ausland und Feuilleton Karl Boer; für Gewerkschaftliches, Soziales, Sport u. Körperkultur und Vermischtes Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Milian; für Aus der Provinz Gottlieb Kaspareit; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Auf Kredit!
Herren- u. Damen-Garderobe
Schuhwaren
Kinderwagen
7174

Möbel auf Abzahlung.

Wohnungs-Einrichtung
2 Bettstellen, 1 Tisch, 4 Stühle,
1 Kleiderschrank, 1 Vertiko,
1 Spiegelspind, 1 Spiegel,
1 Küchenspind, 1 Küchentisch,
2 Küchenstühle, 1 Küchenrahmen.
Anzahlung Mk. 20, wöchentlich Mk. 1.50.

Wohnungs-Einrichtung
2 Bettstellen, 2 Matratzen,
1 Kleiderschrank, 1 Vertiko,
6 Stühle, 1 Sofa, 1 Trumeau,
1 Stegtisch, 1 moderne,
farbige Küche.
Anzahlung Mk. 40, Wöchentlich Mk. 2.—

Robert Blumenreich,
grosse Ulrichstrasse 24, I., II., III. Etage.

Auf Kredit!
Federbetten,
Gardinen,
Teppiche,
Portieren,
Wäsche.

Allgem. Konsum-Verein Halle (S.).
Wir empfehlen:
Kopflosen Kabliau
à Pfund **18** Pfg.
7177

Enorm billiges Angebot!
Um für die **enormen Eingänge** der Frühjahrs-Saison Platz zu schaffen, **verkaufe** 7181
Stoff- u. Arbeitshosen
enorm billig.
I. Posten 1.95 — II. Posten 2.60 — III. Posten 3.15
Trotz der billigen Preise 5% Rabatt.
Gustav Reinsch,
Marktplatz — Roter Turm.
Parterre. I. Etage.

Henkel's Bleich-Soda für alle Küchengeräte

Morgen, Freitag: Schlachtefest. G. Langenhagen. Schulstraße 11. 7161

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Ia. Schinkenspeck Pfund nur **112** Pf.
Pa. Zervelatwurst Pfund nur **124** Pf.
Allerfeinster, mildgesalzener **Kassler Rippespeer** Pfd. nur **88** Pf.
F. H. Krause.
16 Filialen.
7165

Lederhandlung Brüdersir. 13, Carl Friedrich Nachf. *1979
Lederausschnitt u. Schuhmacherartikel

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig **R. Weihmann,** 6303 Bernhardstr. 35. Fernruf 1708.

Für die Herren Gastwirte: Einladungskarten zu **Narrenabenden, Bockbierfesten, Familien-Abenden, Schlachte-Festen.**
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle, Harz 29.

Echtfarben und **Rest-Zigarren** Dutzend nur **45** Pf.
Gustav Vietzke, Geiststrasse 43, Ecke Thalia-Festsäle. 5090

Inhalations-Apparate für Kalt- und Warminhalation, nur bewährte, ärztlicherseits bevorzugte Systeme. Asthma-Apparate, Naienduschen. *1949
F. Hellwig, Halle, Marktkerstr. 10. Fernruf 2625. — Gegr. 1831.

Makulatur verkauft Genossenschafts-Druckerei

Die billigsten und frischesten **Seefische**
gibt es Freitag und Sonnabend auf dem oberen Hallmarkte sowie **An der Moritzkirche 3.**
Kabeljau ohne Kopf / **Seelachs** ohne Kopf Pfd. **18** Pf.
Schellfisch, Bratschellfisch, grosse Zunge usw. billigst.
Grüne Heringe . . . . . Pfund 17 Pf. 3 Pfund 50 Pf.
Sprotten . . . . . 2 Pfund-Kiste **48** Pf.
Echte Kieler Sprotten 2 Pfd.-Kiste **70** Pf.
Bücklinge . . . . . Kiste 30 Stück **105** Pf.
Bratheringe (Lubeca) . . . große Dose **2.25**
Rollmöpse . . . . . große Dose **1.80**
Carl Jhde, Kieler Fisch-Börse, Telephon 3617,
An der Moritzkirche 3 sowie Stand oberer Hallmarkt. 7183
Bitte genau auf Firma **Carl Jhde** zu achten.

Aufsichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Für Kenner!!! No. 50
Probieren Sie, bitte, meine Zigarre
No. 50 10 Stück 60 Pf. No. 50
Spiegelpressung, grosses volles Format; Geschmack, Arome und Brand einzig!
Nur durch einen besonders günstigen Abschluß bin ich in der Lage, etwas derartig hervorragendes bieten zu können
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft.
Ed. Jungmann, Pfännerhöhe 33.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Kurzes Gastspiel **Max Walden-Ensemble.**

Das Farmermädchen.

Deutsch-Amerikanische Operette in drei Akten von Georg Okonkowski. Musik von Georg Jarno. 7176

Verstärktes Orchester. Harfe: Lilly Christoph.

Volkspark

Burgstr. 27. Telefon 1107.

Dienstag den 24. Februar 1914, abds. 8 Uhr,

in sämtlichen

mit herrlicher Wald-Dekoration und Rodelbahn

verschenen oberen Räumen:

Grosses

Fastnachtsfest in der Heide.

Fastnachtstanz mit vielen originellen Ueberraschungen.

Polonäse mit Pfannkuchen-Schmaus.

Entree für männliche Personen 50 Pfg., für weibliche Personen 25 Pfg.

mit freiem Tanz bis früh.

Am Eingange erhält jeder Besucher einen **Riesen-Jägerhut gratis.**

Im Restaurant sorgt die bekannte 7170

Bauernkapelle

bei freiem Eintritt für heitere Stunden.

Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein

Das Sportkartell.

Passage-Theater

Lichtspielhaus

Halle a. d. Saale Leipzigerstr. 88.

Ab Freitag den 20. Februar 1914 und während einer ganzen Woche

das hochinteressante Lustspiel:

„Ihre Hoheit"

mit

Henny Porten

in der Titelrolle.

Dieser Film wird uneingeschränkten Beifall ernten, der in erster Linie der Darstellerin der Titelrolle: **Henny Porten,** zugute kommt, die ja stets durch ihr pikant reizvolles Spiel und ihre eindrucksvolle Mimik eine animierte Stimmung bei dem Publikum auslöst.

Das weitere Programm ist geschmackvoll angepasst.

Die Vorführungen beginnen:
Sonn- und Festtags um 3 Uhr nachmittags,
Wochentags „ 4 „ „

Am Sonntag finden von 3 bis 6 Uhr nachmittags **Jugend-Vorführungen** statt.

Reguläre Kassenpreise!

7182) **Die Direktion.**

Radfahr.-Verein Vorwärts, Halle.

Sonntag den 22. Februar in den **Trotbaer Ballsälen:**

7169

Gr. Preis-Maskenball.

Anfang 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Gesangverein Wörmlitz-Böllberg

(Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes).

Sonntag den 22. Februar 1914, abends 7 Uhr im Gasthof zu Wörmlitz:

Grosser Lumpen- u. Nasenabend.

Hierzu laden wir Freunde und Gönner des Vereins ergebenst ein.

*3262 **Der Vorstand.**

NB. Nasen sind im Lokal zu haben.

Ortsgruppe Bitterfeld.

Sonntag den 22. Februar cr., abends 7 Uhr, im herrlich dekorierten Saale des „Hohenzollern":

Großes Gala-Sportfest.

Einweihung der neuen Saalmaschine.

Von nachmittags 4 Uhr an. Wurst-Ausschiessen.

Ohne Karte kein Zutritt. *3265

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Ortsgruppenleiter.**

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Nietleben.

Sonnabend den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne:

Oeffentliche Versammlung

Tagesordnung:

1. **Die Bedeutung der Gemeinderats-Wahlen.** Ref.: Stadtv. **Osterburg-Halle.**
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

7166 **Der Einberufer.**

Delitzsch.

Sonnabend den 21. Februar abends 9 Uhr im „Lindenhof"

öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Massen, heraus aus der Kirche!

Referent: Genosse **Willy Studt,** Halle.

Um zahlreichen Besuch, speziell der Frauen, bittet

*3269 **Der Einberufer.**

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer,

Zahlstelle **Halle (S.)**

Sonntag den 1. März nachm. 4 Uhr in der „Goldenen Kette"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Gau-Konferenz in Magdeburg.
2. Gewerkschaftsfragen. 7167
3. Verschiedenes.

Wir ersuchen unsere Kollegen, diese Versammlung vollzählig zu besuchen. **Die Ortsverwaltung.**

Eilenburg. *3274

Sozialdemokratischer Wahlverein

Sonnabend den 21. Februar:

Versammlung im Tivoli.

Referent: Genosse Raute. *3275

Die Bezirksführersitzung

in Gemeinschaft mit den Genossen, die sich an der Agitationsarbeit beteiligen, *3276

findet **Mittwoch den 25. Februar im Tivoli** statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonnabend den 21. Februar: **Kappenabend im Tivoli.** *3277

Um regen Zuspruch bittet **Das Komitee.**

Allgem. Ortskrankenkasse Eilenburg.

Ausschuß-Sitzung Donnerstag den 26. Februar 1914 abends 8 Uhr in **„Stadt Leipzig".** *3278

I. Hallesche Rinder-Schlächterei.

— Einziges Spezial-Geschäft am Platze. —

Inhaber: **Richard Hummel,**

nur Magdeburgerstr. 23 (vis-a-vis Walhalla),

empfiehlt **bestes Rindfleisch** ohne Knochen **85** bis **95 Pfg.,** mit Knochen **75** bis **80 Pfg.,** Gehacktes **75 Pfg.** *55

Partei-Schriften empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Apollo-Theater.

Tägl. abds. 8 Uhr, das gr. Februar-Varietee-Programm mit dem spannenden Ausstattungs-Sensationssketch:

Eine Meile in der Minute

oder: **„Auto gegen Expresszug".** 7184

Eine bühnentechnische Ueberraschung sondergleichen!

In Berlin der Schlager der diesjährigen Saison!

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Halle (Saale).

Sonnabend den 21. Februar 1914, abends 8½ Uhr, im Volkspark:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Anträge zur Gaukonferenz und zum Verbandstag.
2. Aufstellung eines Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag.
3. Regelung unserer Filialverhältnisse.
4. Verschiedenes.

In dieser äußerst wichtigen Versammlung darf keiner fehlen.

7164 **Die Ortsverwaltung.**

Fährhof-Mucrena.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Mitgliedschaft Beesenlaublingen.

Sonntag den 22. Februar:

: Grosser Maskenball :

Zur Aufführung gelangt: **„Die komischen Musikanten".**

*3261 I. A.: **Hermann Busch.**

Seefische

lebendfrisch!

Kabeljau	19 Pf.
Kurbonaden	28 Pf.
Seelachs	22 Pf.
Goldbarsch	22 Pf.
Jütländer Angelschellfisch.	

Alle anderen vorrätigen Seefische zum billigsten Preise.

Lebende Karpfen u. Schleien.

Empfehle in größter Auswahl

Fischmarinaden usw.

Heringe in Gelee 2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Russische Sardinen 4 Pfd.-Faß	1.10
Bratheringe, Marke Lubeca, 8 Liter-Dose	2.35

Täglich frische

Räucherwaren.

Neumarkt-Fischhalle,

Karl Pfeifer, 7168

Geiststr. 33. Tel. 2884.

---

*3260

BEIWIND

und Regen schützt man sich am besten vor Husten, Heiserkeit, Katarrh durch Wybert-Tabletten. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Original-Schachtel 1 Mark.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.

Direktion: Geh. Hofrat Richards.

Freitag den 20. Februar 1914: 158. Vorst. im Abonn. 2. Viert.

Zum letzten Male:

Die Reise um die Erde.

Gr. Ausstattungsstück in 5 Abteilungen von d'Ennery u. J. Verne.

Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10¾ Uhr.

Sonnabend d. 21. Februar 1914: 159. Vorst. im Abonn. 3. Viertel.

Schülerkarten Mk. 1.30 (einschl. städt. Billeststeuer u. Garderobeg.) **an der Tages- u. Abendkasse.**

Minna von Barnhelm

oder: **Das Soldatenglück.**

Ein Lustspiel in 5 Aufzügen von Gotth. Ephr. Lessing.

Radewell.

Gasthof zur deutschen Eiche.

Sonnabend:

Gr. Bockbierfest.

Hierzu laden freundl. ein [*3266

Wwe. Schweigert und Töchter.

Osendorf.

Gasthof zum Dreierhaus.

Sonnabend den 21. Februar:

Groß. Schlachtefest verbunden mit **Bockbierfest.**

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. — Früh 10 Uhr: Wellfleisch. — Bockmilzen gratis. —

Es laden ergebenst ein *3267

Otto Kitzing u. Frau.

Vogelfutter

beste Mischungen für Stieglitz, Zeisig, Fink, Hänfling, Dompfaff, Zwergpapageien, Exoten usw.

Harzer Kanarien-Singfutter, bester süsser Sommerrübsen, **Salat, Negersaat, Glanz,** alles doppeltgereinigte, staubfreie Ware. 7178

Weichfutter, Mehlwürmer.

Vogelbiskuit, Sepia, Vogelnäpfe, Badehäuser,

Moritz Bergmann

Samenhandlung, **Markt 20,** neben Werther & Co.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff.

Alles Hörige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,

Beilstrasse 10. 108

Sankt- Rufus-Bräu

patentamtlich

geschützt.

7104

Aus Original-Münchner-Malz.

Erstklassiges Tafelbier

mit 15 Proz. Extraktgehalt.

30 Flaschen Mk. 3.60 frei Haus.

Händler erhalten Vorzugspreise.

Telephon 27 und 965.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0008

Halle, 20. Februar

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 43 — 1914.

Die sittliche Freiheit macht allein den Menschen erst in Wahrheit zum Herrn über sich selbst; denn der Trieb der bloßen Begierde ist Sklaverei, und der Gehorsam gegen das Gesetz, das man sich selber vorgeschrieben hat, ist Freiheit. Rousseau.

Die Polizei hinter Bebel.

Im Dietzschen Verlag in Stuttgart erschien der langerwartete 3. Band der Bebelschen Erinnerungen. (Preis 1,80 Mk., gebunden 2,25 Mk.) Drei Wochen vor seinem Tode, in einem Briefe vom 21. Juli vorigen Jahres, hatte Bebel in ahnungsvoller Vorsicht Karl Kautsky zum Herausgeber bestellt: „Ich habe eine testwillige Verfügung getroffen und hoffe, Du bist damit einverstanden, daß, wenn ich zur großen Armee abberufen werden sollte, bevor der dritte Band Aus meinem Leben fertig geworden ist, Du die Herausgabe übernimmst, soweit das Manuskript druckfähig vorliegt. Ich habe noch wenig zu tun, so ist der Band bis 1882 abgeschlossen . . .“ Der Herausgeber hat den Willen Bebels getreulich erfüllt. Der nun vorliegende dritte Band schließt mit dem Jahre 1882 ab. Kautsky führt im Nachwort noch eine Reihe sehr interessanter Briefe zwischen Bebel und Engels aus dem Jahre 1888 an, die zum großen Teil der „Parlamentsmüdigkeit“ Bebels gelten. Der Parlamentarier Bebel hat Großes geleistet und diese seine Tätigkeit im Parlament läßt sich aus seinem Gesamtwirken gar nicht hinwegdenken. Auch der dritte Band der Erinnerungen zeigt die das Größte und das Kleinste umfassende Arbeit Bebels. Die Zeit des Sozialistengesetzes 1879 bis 1891 hat sie im besonderen Maße gesehen. Wir geben einen kurzen Auszug aus einem der interessantesten Kapitel wider, aus jenem Kapitel, das Bebels Kämpfe mit der Polizei unter dem Sozialistengesetz behandelt.

Während der zwölfjährigen Dauer des Sozialistengesetzes war ich — ich darf das ohne Uebertreibung sagen — der in Deutschland polizeilich am meisten verfolgte Mensch. Die Polizei hatte die vorgefaßte Meinung, ich sei ein gefährlicher Mensch, den man nicht aus den Augen lassen dürfe. Und Herr v. Puttkamer, der vom Frühjahr 1881 ab bis in die letzten Regierungstage Kaiser Friedrichs im Jahre 1888 preußischer Minister des Innern war, bestätigte diese Ansicht, indem er mich gelegentlich einer Sozialistendebatte im Reichstag im Jahre 1886 den „Allergefährlichsten“ nannte. Daß ich mich unter dieser polizeilichen Schutzwache wohl gefühlt, wird man nicht annehmen. Im Gegenteil, mein Haß gegen diese Staatsretterei steigerte sich von Jahr zu Jahr, und da die zahllosen Gemeinheiten und Gewissenlosigkeiten, die die Polizei an zahlreichen Parteigenossen und auch an mir verübte, sich herghoch anhäuften, wuchs auch meine Verachtung gegen sie. Ich kam allmählich in eine Stimmung, wonach es mein sehnlichster Wunsch war, es möchte zu einer inneren Katastrophe kommen, die uns in die Lage setzte, Vergeltung zu üben für all die Frevel, die man von jener Seite sich gegen uns hatte zuschulden kommen lassen. Noch heute steigt mir das Blut zu Kopfe, gedenke ich jener Zeiten. Daß ich, wenn ich in Berlin zum Reichstag war, auf Schritt und Tritt überwacht wurde, das passierte auch meinen sozialdemokratischen Kollegen. Aber daß man den Telegraphen hinter mir in Bewegung setzte und von einer Stadt zur anderen telegraphierte, daß und wann ich ankommen würde, passierte nur mir. Das geschah meist in der Weise, daß der Polizist, der mich zu überwachen hatte, sobald ich auf dem Bahnhof eine Fahrkarte löste, hinter mir an den Schalter trat und sich erkundigte, wohin ich die Fahrkarte genommen. Und nicht bloß wegen sogenannter Agitationsreisen wurde ich verfolgt, sondern auch auf meinen geschäftlichen Reisen wurde derselbe Unfug verübt. Ich hatte schließlich eine solche Uebung in der Entdeckung dieser „Geheimen“ unter einem Haufen anderer Menschen erlangt, daß, wenn der Zug in eine Station einfuhr und ich den Kopf zum Fenster herausstreckte, ich auch rasch das Polizeigesicht entdeckte, das meine Ueberwachung übernehmen werde. Bei dieser Art der Verfolgung entwickelte sich ein stiller Krieg zwischen mir und meinen Verfolgern. Da ich selbstverständlich das Bedürfnis empfand, namentlich an den Abenden in den Kreisen meiner Genossen zu verkehren und mit diesen Gedanken auszutauschen, die für Polizeiohren nicht bestimmt waren, so bot ich alles auf, den mir folgenden „Staatsretter“ zu „verstehen“, wie bei uns der Kunstausdruck lautete, das heißt, ich bot alles auf, um im Gewirr der Straßen und Häuser meinem Verfolger zu entrinnen, was mir mit Hilfe meiner flinken Beine und der Mithilfe der Genossen fast ausnahmslos gelang. Mancher ruhige Bürger sah mir etwas erstaunt nach, wenn mein rascher Schritt allmählich in einen gelinden Trab sich verwandelte und eine Strecke hinter mir keuchend und schweißtriefend ein Individuum sich zeigte, über dessen Charakter er nicht im klaren war. Als dann die Rundreisehefte eingeführt wurden, änderte sich die Art der Eisenbahnverfolgung. Ich benützte ein solches Rundreiseheft zum erstenmal im Frühjahr 1885. Ich reiste von Dresden durch Sachsen, Bayern, Württemberg und die Schweiz. Auf deutschem Boden verfolgt wie ehedem. Als ich von Basel aus ins Badische nach Freiburg kam, fiel mir auf, daß mein Polizeipudel bereits vor dem Hotel stand, in dem ich zu wohnen pflegte, und mich erwartete. In Karlsruhe wiederholte sich derselben Vorgang. Ich fragte nunmehr den Kellner, woher die Polizei wisse, daß ich kommen werde. Er zuckte die Achsel und meinte, der Beamte stehe schon seit drei Tagen vor dem Hotel und erwarte mich. Der Vorgang wurde mir immer rätselhafter. Unter dem gleichen Ueberwachungssystem kam ich endlich nach Mainz. Dort stand, als ich an meinem Hotel ankam, der Oberkellner vor der Türe und rief mir, als er mich erblickte, entgegen: „Endlich kommen Sie, Herr Bebel, wir erwarteten Sie schon seit acht Tagen.“ Und als ich verwundert fragte: „Ja, wieso denn?“ antwortete er: „Ihr Tugendwächter hat schon seit acht Tagen bei uns angefragt, wann Sie kommen würden. Eben hat er sich gedrückt, als er Sie kommen sah.“

Das war mir doch zu toll. Nächsten Vormittag besuchte ich meinen Parteigenossen, der Stadtverordneter war, um, da die Polizei in Mainz unter städtischer Verwaltung stand, vielleicht von ihm erfahren zu können, woher diese Ueberwachungsmethode rührte. Ich blieb auch nicht lange in Ungewißheit. Es stellte sich heraus, daß die Dresdner Bahnhofsverwaltung der Dresdner Polizei Mitteilung von meiner Bestellung eines Rundreisehefts gemacht und ihr in Abschrift die Coupons überliefert hatte. Die Dresdner Polizeiverwaltung, damals in bezug auf uns eine der verfolgungssüchtigsten im ganzen Reich, hatte darauf sofort den Polizeiverwaltungen der betreffenden Orte mein Kommen gemeldet. Da aber die Polizei nicht wissen konnte, wieviel Zeit ich an den einzelnen Orten verbrauchte, war in ihrer Berechnung bis nach Mainz eine Differenz von acht Tagen entstanden.

In jenen Jahren stand jedoch nicht nur die Bahnverwaltung in intimen Beziehungen zur Polizei, sondern auch die Post. Daß Briefe und Pakete, die an bekannte Sozialdemokraten kamen, vor ihrer Ablieferung der Polizeibehörde mitgeteilt wurden, so daß diese hinter der Ablieferung der Gegenstände sofort in die Wohnung eintrat und die Beschlagnahme ausführte, kam in Tausenden von Fällen vor. Der Staatssekretär der Reichspost, Dr. Stephan, hatte einmal in den siebziger Jahren auf eine Beschwerde Liebknechts im Reichstag, daß ihm Briefe erbrochen worden seien, geantwortet: „Das Briefgeheimnis ist im Deutschen Reiche so sicher wie die Bibel auf dem Altar“, ein Ausspruch, der schon damals bei uns nur Ungläubige fand, unter dem Sozialistengesetz aber uns reichlich zur Glossierung Veranlassung gab. Bei mir kam die Verbindung der Post mit der Polizei auch noch in anderer Form zutage.

Es ist bei Fabrikanten und Kaufleuten Geschäftsbrauch, daß, wenn sie ihre Vertreter auf die Reise senden, um von ihren Kunden Bestellungen entgegenzunehmen, sie kurze Zeit vor dem Eintreffen ihres Vertreters an einem Orte dorthin gedruckte Anzeigen von dessen bevorstehender Ankunft senden. Das war auch in unserem Geschäft üblich. Eines Tages erfuhr ich in Mainz, daß bereits seit mehreren Tagen zwei Geheimpolizisten auf dem Bahnhof in Wiesbaden bereitstünden, um nach meiner Ankunft den Ueberwachungsdienst zu übernehmen. Und zwar habe die Polizei meine bevorstehende Ankunft auf Grund der bei der Post eingegangenen Geschäftsanzeigen erfahren. Mein Entschluß, sie gründlich zu foppen, war rasch gefaßt. Nächsten Morgen fuhr ich mit zwei befreundeten Parteigenossen bis auf die letzte Station vor Wiesbaden, dort stiegen wir aus und kamen auf einem Wege, den die Polizei nicht ahnte, nach der Stadt, woselbst ich meine Geschäftsgänge erledigte und auch noch eine Besprechung mit meinen Parteigenossen hatte. Als ich abends in Gesellschaft einer ganzen Anzahl von Genossen auf dem Wiesbadener Bahnhof erschien, um nach Mainz zurückzufahren, standen die beiden Polizisten noch dort und machten zu unserem größten Vergnügen sehr erstaunte Gesichter, als sie mich sahen. . . .

*

Die polizeiliche Ueberwachung meiner Person nahm in jenen Jahren öfter einen häßlichen und aufreizenden Charakter an, namentlich in einer Reihe Städte Mittel- und Süddeutschlands. In Norddeutschland war man in der Ueberwachung — ich möchte sagen diskreter. Die Polizei benahm sich unauffälliger und folgte mir mehr aus der Ferne, aber in einer Anzahl mittel- und süddeutscher Städte war sie plump und dreist und selbst vom Polizeistandpunkt aus betrachtet dumm. Hier folgte mir in der Regel der Polizist in Zivil, wenn ich mit meinem Musterkoffer durch die Straßen ging, in kurzer Entfernung und wartete in unmittelbarer Nähe des Hauses, in das ich getreten war, bis ich dasselbe verließ, um dann wieder wie ein getreuer Pudel mir zu folgen. Als mir zum ersten Male im Frühjahr 1879 in Nürnberg eine solche Ueberwachung zuteil wurde, verbreitete sich die Nachricht davon wie ein Lauffeuer unter den Parteigenossen. Am Abend gab es eine große Ansammlung vor der Polizeiwache, und es wurden Schimpfworte gegen die Polizei geschleudert, wie sie nur dem Zaun der Zähne eines Bayern entfliehen können. Ruhiger denkende Genossen hatten Mühe, die Ansammlung zu zerstreuen und einen Konflikt zu verhüten.

Hier in Nürnberg war jahrelang der mich überwachende Geheimpolizist ein gewisser Marsching, der von früh bis spät meinen Spuren folgte. Einen Abends war ich ihm wieder wie gewöhnlich entwischt. Gegen Mitternacht gingen ich und ein Freund, bei dem ich wohnte — ich zog begreiflicherweise damals die Privatwohnung der Hotelwohnung vor —, nach Hause. Mein Freund wohnte in Gleißhammer, einem Vorort von Nürnberg, jenseits der Bahn. Es war eine wundervolle Mondnacht. Wir gingen über eine Wiese, als ich unerwartet Herrn Marsching auf der Straße, auf die wir eben stießen, an einer Pappel stehen sah. Er wollte offenbar wenigstens wissen, wann wir nach Hause gekommen seien. Ich machte meinen Freund auf Marsching aufmerksam. Sobald dieser den Marsching erblickte, ging er im Eilschritt auf ihn los. Es herrschte in der Gegend Totenstille, weit und breit war niemand zu sehen. Jetzt mochte sich Marsching sagen, zwei gegen einen ist eine unangenehme Sache. Er machte also rasch kehrt und eilte die Straße entlang. Mein Freund nun im Galopp hinter ihm drein, beide in einem Sträfeln verschwindend, das sich zwischen Gärten schlängelte. Plötzlich erdröhnte ein Schuß. Mir fuhr der Schreck in die Glieder, ich nahm an, der Polizist habe auf meinen Freund geschossen. Nun eilte ich den beiden nach. Als ich eben in das Sträfeln einbiege, kommt mir mein Freund laut lachend entgegen. „Wer hat denn geschossen?“ fragte ich. „Ich habe geschossen, der Kerl ist aber gesprungen,“ antwortete er. „Ja, bist du denn verrückt, wenn Marsching dich anzeigt, muß ich gegen dich zeugen.“ „Ich habe ja nur in die Luft geschossen,“ antwortete er begütigend. Merkwürdigerweise hörten wir von dem Vorgang nichts mehr. Marsching mochte es für klüger gehalten haben, zu schweigen. Später trat er aus der Polizei aus und begann einen Milchhandel. Mir wurde versichert, er sei sogar der Partei beigetreten.

Im Jahre 1882 wurde ich wider Willen die Ursache, daß dem Fürther Magistrat von der Regierung ein wichtiges Recht entzogen wurde. er Magistrat, der überwiegend aus bürgerlichen Demokraten und ein paar Sozialdemokraten bestand, hatte zugelassen, daß ich in einer riesenhaft besuchten Volksversammlung sprach. Darüber erzürnte die bayerische Regierung und entzog dem Magistrat das Recht der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, das der mittelfränkischen Kreisregierung übertragen wurde. Als endlich im Jahre 1902 — also nach zwanzig Jahren — der Parteigenosse Segitz die bayerische Regierung im Landtage interpellierte, wie lange sie denn noch diese Rechtlosmachung des Fürther Magistrats aufrechtzuhalten gedenke, antwortete der damalige Minister von Feilitzsch: Solange noch in der Fürther Gemeindevertretung Sozialdemokraten säßen. Man besann sich aber doch bald eines Besseren und gab dem Fürther Magistrat sein Recht zurück. Und einen Minister, der mit solch lächerlich kleinlichen Mitteln regiert, nennt man bekanntlich in Deutschland einen Staatsmann.

Von Nürnberg-Fürth reiste ich in der Regel nach München, wo ich ebenfalls meist drei bis vier Tage verblieb. Meine Anwesenheit wurde den Parteigenossen sofort bekannt, und dann gab es an dem Sonntag, den ich dort zubrachte, regelmäßig eine große Demonstration auf einem der Bierkeller. Die Parteigenossen zogen alsdann in Scharen hinaus und demonstrierten durch Hochrufe und Gesänge. Den Parteigenossen folgte auf dem Fuße in Stärke von einem Dutzend Mann die hochwohllöbliche Gendarmerie unter der Führung des Polizeikommissars Michel Gehret oder seines Adjutus Auer. Das Sonntagsvergnügen fand stets damit seinen Abschluß, daß ich wieder einmal den Versuch machte, der Polizei zu entrinnen. Ich sehe noch im Geiste, wie an einem solchen Abend der lange Magnus Ernst die Rockschöße in die Hände nahm und mit seinen langen Beinen durch das Gassengewirr in die Nähe des Hofbräuhauses stürmte, wobei ich vor Lachen über die komische Figur, die er spielte, ihm kaum zu folgen vermochte . . .

Zum Schluß dieses Kapitels, das ich noch sehr lange ausspinnen könnte, sei noch ein Vorgang erwähnt, der unter Umständen für mich einen sehr üblen Ausgang nehmen konnte. Im März 1881 reiste ich in Geschäften nach dem Osten. Ich kam dabei auch nach Posen und entschloß mich, von hier aus einen Abstecher nach der Geburtsstadt meines Vaters, Otterwald, zu unternehmen. Nach einer Angabe meines Parteigenossen Luck, dessen Eltern dort wohnten, sollten in Ostrowo noch drei Geschwister meines Vaters leben, außerdem eine Anzahl jüngerer Verwandter. Unter den letzteren traf ich auch einen Vetter, den häufig Geschäfte nach Kalisch führten. Dieser machte mir den Vorschlag, am nächsten Tage, der ein Sonntag war, Kalisch zu besuchen. Kalisch sei Festung, habe eine starke russische Garnison, und eine russische Stadt hatte ich noch nie gesehen. Es sei ihm leicht, für mich einen falschen Paß zu verschaffen. Mir schwante, die Sache könne schief gehen, denn ich merkte, ich werde auch in Ostrowo polizeilich überwacht. Ich lehnte also ab. Als ich Montag morgen zum Frühstück in die Gaststube trat, fragte mich der Wirt, ob ich den Lärm im Hotel gehört, der in der Nacht entstanden sei. Verwundert fragte ich: „Weshalb?“ Seine Antwort war: Es sei nach zwölf Uhr von Berlin eine Depesche eingetroffen, nach der am Sonntag mittag der Zar Alexander II. in Petersburg von einer Bombe zerrissen wurde. Diese Nachricht habe seine Gäste sehr aufgeregt und einige, die angetrunken gewesen, hätten behauptet, an diesem Attentat sei die deutsche Sozialdemokratie mitschuldig, und so habe man die Treppe heraufstürmen wollen, um mich aus dem Hause zu werfen. Dieses habe er nur mit Mühe verhindern können.

Das war eine nette Mitteilung. Kurz darauf erschien auch mein Vetter und äußerte, es sei doch gut gewesen, daß wir nicht in Kalisch waren. Er habe soeben gehört, daß dort nach Eintreffen der Depesche über den Kaisermord am Nachmittag um vier Uhr sämtliche Tore geschlossen worden seien und niemand weder hinein noch heraus geduldet habe. Ich vergegenwärtigte mir, was wohl geschehen wäre, wenn ich in Kalisch erkannt wurde, wofür die deutsche Polizei jedenfalls gesorgt hätte. Fürst Bismarck hätte sicher für meine Freilassung keinen Finger gerührt, seine Polizisten würden, nach den Erfahrungen, die wir damals gemacht, sogar noch beschworen haben, meine Reise im Osten sei unter verdächtigen Umständen erfolgt, obgleich ich, außer in Königsberg und Danzig, nirgends Parteigenossen besucht hatte. Wenige Tage nach jenem Vorgang veröffentlichte denn auch die Berliner Post einen Artikel: „Herr Bebel an der russischen Grenze“, worin meine Reise mit dem Attentat in Verbindung gebracht wurde. Ich hatte also Ursache, mich zu freuen, daß mich meine Vorsicht von der Kalischer Reise abgehalten hatte.

17] **Die Götter dürsten.** [Nachdr. verb.

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France.

Der Kupferstecher Demahis hatte sich in jener Woche in eine Dirne vom Palais Egalité vergafft, in die braune Flora, ein baumlanges Geschöpf. Trotzdem nahm er sich fünf Minuten Zeit, um seinen Gefährten zu beglückwünschen. Eine derartige Ernennung, so erklärte er, sei eine große Ehre für die Kunst.

Die zärtliche Elodie verabscheute zwar unbewußt alles Revolutionäre und sah im öffentlichen Dienste die gefährlichste Nebenbuhlerschaft, die ihr das Herz ihres Geliebten abspenstig machen konnte. Trotzdem unterlag auch sie dem Einfluß eines Beamten, der berufen war, Urteile in Kapitalverbrechen zu fällen. Im übrigen hatte seine Ernennung zum Geschworenen die angenehmsten Wirkungen, die seiner Empfindlichkeit schmeichelten. So erschien der Bürger Jean Blaise persönlich im Atelier an der Place de Thionville und umarmte den Geschworenen mit überschwenglicher männlicher Zärtlichkeit.

Wie alle Gegenrevolutionäre bezeigte er den republikanischen Machthabern Hochachtung, und seit er als Armeelieferant wegen Unterschleifs angezeigt war, flößte ihm das Revolutionsgericht eine heilige Scheu ein. Er stand zu sehr im Vordergrund und war an zu vielen Geschäften beteiligt, um sich ganz sicher zu fühlen, und so erschien ihm der Bürger Gamelin als einer, mit dem man behutsam umgehen mußte. Und schließlich war er doch ein guter Bürger und ein Freund des Gesetzes . . .

Er reichte dem Maler und Geschworenen die Hand, war vertraulich und patriotisch, zeigte sich als Gönner der Kunst und als Freiheitsfreund. Hochherzig drückte Gameliu seine breit dargebotene Hand.

„Bürger Evarist Gamelin,“ sagte Jean Blaise, „ich erhebe Anspruch auf Ihre Freundschaft und auf Ihr Talent. Ich lade Sie für morgen zu einem zwanzigtägigen Ausflug ein; Sie sollen zeichnen und wir werden uns unterhalten.“

Der Kunsthändler machte alljährlich mehrere Landpartien in Gesellschaft von Malern, die nach seinen Angaben Landschaften und Ruinen malten. Er verstand sich auf das, was dem Publikum gefiel, und brachte von diesen Ausflügen Skizzen heim, die im Atelier ausgeführt und dann geistreich gestochen, als Röteizeichnungen oder farbige Radierungen viel Geld einbrachten. Nach diesen Skizzen ließ er auch Sopraporten und Spiegelumrahmungen malen, die sich ebensogut und noch besser verkauften, als die Dekorationsstücke von Hubert Robert.

Diesmal wollte er den Bürger Gamelin mitnehmen, um Ruinen nach der Natur zu zeichnen; so sehr war der Geschworene in seiner Achtung als Maler gestiegen. Zwei andere Künstler waren mit eingeladen: der Kupferstecher Demahis, ein geschickter Zeichner, und der unbekannte Philipp Dubois, der im Genre von Robert sehr tüchtig arbeitete. Nach alter Gewohnheit nahm die Bürgerin Elodie mit ihrer Freundin, Fräulein Hazard, an der Landpartie teil. Und Jean Blaise, der über seinen Geschäften sein Vergnügen nicht vergaß, hatte auch die Bürgerin Thérenin aufgefordert, eine Schauspielerin vom Vaudeville, die für seine gute Freundin galt.

Zehntes Kapitel.

Am Sonnabend früh um 7 Uhr klopfte der Bürger Blaise mit dem Stil seiner Reitpeitsche an die Tür des Ateliers. Er trug einen schwarzen Zweispitz, scharlachrote Weste, Lederhosen und gelbe Stulpstiefel. Die Witwe Gamelin unterhielt sich ehrbar mit dem Bürger Brotteaux, während Evarist sich vor einer Spiegelscheibe sein hohes weißes Halstuch umknüpfte.

„Guten Tag, Herr Blaise,“ sagte die Bürgerin, „aber da Sie Landschaften malen wollen, so nehmen Sie doch den Herrn Brotteaux mit, er ist Maler.“

„Schön!“ sagte Jean Blaise. „Bürger Brotteaux kommen Sie mit.“

Als Brotteaux merkte, daß er nicht lästig wäre, nahm er den Vorschlag an. Er war von geselliger Natur und liebte Zerstreuungen.

Die Bürgerin Elodie kam die vier Treppen herauf, um Frau Gamelin zu umarmen, die sie „liebe Mama“ nannte. Sie trug ein weißes Kleid und duftete nach Lavendel.

Eine alte Reisekutsche, mit zwei Pferden bespannt, wartete mit herabgeschlagenem Verdeck auf dem Platze. Rose Thérenin und Julie Hazard saßen im Vordersitz. Elodie ließ die Schauspielerin rechts von sich Platz nehmen, setzte sich links daneben, und die schlanke Julie ließ sich zwischen beiden nieder. Brotteaux nahm gegenüber der Bürgerin Thérenin Platz, Philipp Dubois setzte sich Fräulein Hazard und Evarist Elodie gegenüber. Auf dem Bocke neben dem Kutscher thronte Philipp Demahis in seiner Athletengestalt und erzählte dem erstaunt zuhörenden Reisekutscher von einem Land in Amerika, wo die Würste auf den Bäumen wüchsen.

Der Bürger Blaise, ein vorzüglicher Reiter, ritt vorweg, um den Staub des Wagens nicht zu schlucken.

Die Räder rollten über das Vorstadtpflaster, und die Insassen vergaßen ihre Sorgen beim Anblick der Felder, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0009

Bäume und des Himmels. Ihre Gedanken wurden heiter und idyllisch. Elodie träumte von einer Hühnerzucht in einem Dorfe, wo Evarist Friedensrichter wäre und das an einem Fluß und am Waldesrand läge. Die Ulmen der Straße flogen im Fahren vorüber. Die Hunde in den Dörfern sprangen schief gegen den Wagen an und bellten vor den Beinen der Pferde, während ein großer Jagdhund, der quer über den Weg lag, sich mürrisch erhob. Die Hühner stieben auseinander und liefen über den Weg. Die Gänse wichen in dichter Schar langsam aus. Schmutzige Kinder glotzten das vorbeifahrende Gefährt an. Es war ein heißer Morgen bei klarem Himmel. Die dürren, rissigen Aecker dürsteten nach Regen. Vor Villejuif stieg alles aus. Als man durch den Ort schritt, ging Demahis in einen Fruchtladen, um den Damen Kirschen zu kaufen. Die Verkäuferin war hübsch: Demahis kam nicht wieder. Dubois rief ihn bei seinem Spitznamen: „He! Barbaroux! Barbaroux! . . .“

Bei diesem verhaßten Namen spitzten die Einwohner die Ohren, und an den Fenstern erschienen Gesichter. Als sie aus dem Fruchtladen einen schönen jungen Mann von herkulischer Gestalt mit offener Weste und flatterndem Jabot heraustreten sahen, der einen Korb mit Kirschen auf seiner Schulter trug und seinen Rock an der Spitze des Spazierstockes befestigt hatte, hielt man ihn für den geächteten Girondisten. Sansculotten stürzten sich auf ihn und hätten ihn trotz seiner entrüsteten Proteste auf das Schulzenamt geschleppt, hätten der alte Brotteaux, Gamelin und die drei jungen Mädchen nicht bezeugt, daß er der Bürger Philipp Demahis, Kupferstecher von Beruf und ein guter Jakobiner sei. Außerdem mußte der Verdächtige noch seinen Bürgerschein vorzeigen, den er zufällig bei sich trug, denn er war in diesen Dingen sehr nachlässig. Erst jetzt entging er den Händen der Dorfpatrioten ohne andere Einbuße, als die einer abgerissenen Spitzenmanschette; aber dieser Verlust ließ sich verschmerzen. Ja, die Nationalgardisten, die am kräftigsten angepackt und erklärt hatten, ihn im Triumphe auf die Amtsstube zu schleppen, baten ihn um Entschuldigung.

Als Demahis frei war und die Bürgerinnen Elodie, Rose und Julianne ihn umringten, warf er Dubois, den er nicht leiden mochte und den er für einen Verräter hielt, ein bitteres Lächeln zu und erklärte, ihn um Hauptes Länge überragend:

„Dubois, wenn du mich noch mal Barbaroux nennst, so nenne ich dich Brissot: das ist ein kleiner lächerlicher Kerl mit fettigen Haaren, öliger Haut und klebrigen Händen. Kein Mensch wird zweifeln, daß du der schändlichste Brissot der Volksfeind bist, und die Republikaner werden bei deinem Anblick von Abscheu und Ekel gepackt werden und dich an der nächsten Laterne aufknüpfen . . . Verstehst du? . . .“

Der Bürger Blaise, der mit seinem Pferd von der Tränke kam, versicherte, er habe die ganze Geschichte nur in Szene gesetzt, obwohl es allen so schien, daß sie ohne ihn passiert war.

Man bestieg wieder den Wagen. Unterwegs band Demahis dem Kutscher auf, hier in der Ebene von Longjumeau wären früher Menschen vom Himmel gefallen, die nach Form und Farbe wie Frösche ausgesehen hätten, doch viel größer gewesen seien. Dubois und Gamelin führten Kunstgespräche. Dubois, ein Schüler von Regnault, war in Rom gewesen und hatte die Teppiche von Raffael gesehen, die er über alle Meisterwerke stellte. Bei Correggio bewunderte er das Kolorit, bei Annibale Caracci die Erfindung und bei Dominichino die Zeichnung; was aber den Stil betraf, so ging ihm nichts über die Bilder von Pompeo Battoni. Verkehrt hatte er in Rom bei Ménageot und bei Madame Lebrun. Da sich aber beide gegen die Revolution erklärt hatten, so schwieg er darüber. Dagegen rühmte er Angelika Kaufmann, die einen reinen Geschmack hatte und die Antike kannte.

Gamelin beklagte es, daß auf die Blütezeit der französischen Malerei, die erst sehr spät, mit Lesueur, Poussin und Claude Lorrain eingesetzt hatte, als die italienische und flämische Schule im Niedergang war, ein so rascher und tiefer Verfall gefolgt sei. Die Gründe dafür sah er in den öffentlichen Sitten und in der Akademie, die deren Ausdruck war. Doch zum Glück war die Akademie ja aufgehoben, und unter dem Einfluß der neuen Ideen schufen David und seine Schülerin eine Kunst, die eines freien Volkes würdig war. Unter den jungen Künstlern erkannte Gamelin Hennequin und Topino-Lebrun neidlos als die ersten an. Dubois gab Regnault, seinem Lehrer, den Vorzug vor David und setzte seine Hoffnungen in der Malerei auf den jungen Gérard.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Eine epochemachende Operation

Das Interesse, das sich seit kurzem den Radium- und Mesothoriumkuren zugewandt hat, dürfte in allernächster Zeit in den Hintergrund gedrängt werden, wenn sich die Nachricht von einer erstaunlichen Operation bewahrheitet, die in dem bekannten Guys Hospital in London vorgenommen worden ist. Sie dürfte eine Revolution in der gesamten Praxis der operativen Heilkunde bedeuten.

Die Operation ist in gewissen Fällen von Tuberkulose in Anwendung gebracht worden und hat sich so bewährt, daß sie in Guys Hospital als die maßgebende Behandlungsweise für diese Krankheit eingeführt worden ist.

Das Prinzip der Behandlung ist, wie ein bedeutender Chirurg der Presse erklärt hat, die Entfernung der Ursache des Leidens. Es wäre längst bekannt, daß die übermäßige Vermehrung schädlicher Bakterien im Dickdarm und die Unfähigkeit des Körpers, sie zu entfernen, die grundlegende Ursache vieler Krankheiten war. Einige Chirurgen haben schon seit geraumer Zeit den Gedanken gehabt, daß mit der Entfernung des Dickdarms bessere Gesundheit und längeres Leben für das Individuum erzielt werden könnte. Was sie aber von der Operation abhielt, war die Rücksicht auf die Funktionen, die dieses Organ im Körper zu besorgen hat. Die Hauptfunktion des Dickdarms ist die Absorption von Wasser, und im Guys Hospital kam man zuerst auf die Idee, daß man einen kleinen Teil des Dickdarms stehen lassen könne, der die nötigen Funktionen besorgte, bis sich Magen und Dünndarm den veränderten Verhältnissen angepaßt hätten. Schließlich übertrug man die Theorie in die Praxis an einem Kinde, das in den letzten Stadien einer unheilbaren tuberkulösen Gelenkaffektion litt; man operierte als letztes Hilfsmittel. Der Darm wurde bis auf ein neun Zoll langes Stück entfernt und das übrigbleibende Stück mit dem Dünndarm verbunden. Das Resultat war überraschend. In einer Woche hatten die inneren Organe sämtliche Funktionen wieder aufgenommen, und eine erstaunliche Besserung in der tuberkulösen Affektion zeigte sich. In einigen Wochen war der Patient in augenscheinlich bester Gesundheit.

Die Operation ist mit gleichem Erfolg in mehreren Fällen wiederholt worden, und man beabsichtigt, sie nun auch auf andere Krankheiten anzuwenden, die erwiesenermaßen auf Darmvergiftung beruhen. Die Entdeckung wird von denen, die den Vorzug hatten, sie studieren zu können, als eine der epochemachendsten in den Annalen der Chirurgie angesehen.

Einstweilen dürfte es wohl klüger sein, keine übertriebenen Hoffnungen auf den Wert dieser Operation zu setzen.

Wie sieht es auf dem Jupiter aus?

Der Riese unter den Planeten unseres Sonnensystems, Jupiter, ist von dem Astronomen Lau mehrjährigen Messungen und genauen Beobachtungen unterzogen worden, die auf manche seiner physikalischen Eigenschaften neues Licht geworfen haben. Jedenfalls ist die Oberfläche des Planeten nicht im geringsten mit der der Erde oder des Mars zu vergleichen; sie befindet sich der Hauptsache nach in gasförmigem Zustande, so daß seine äußeren Schichten sehr geringe Dichte haben. Dr. Riem gibt in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift im weiteren einen Ueberblick über das Ergebnis der Lauschen Untersuchungen. Danach scheinen sich die tieferen Schichten der Jupiteroberfläche wegen der Druck- und Temperaturverhältnisse in einem scheinbar zähflüssigen Zustande zu befinden. In einer bestimmten Tiefe kondensieren sich die Gase zu einer hellgelben, stark reflektierenden Wolkenschicht. Die sehr schnelle Rotation des Jupiter von 10 Stunden scheint ein Rest der Vorzeit des Planeten zu sein; herabstürzende abgekühlte Massen haben den oberen Schichten diese Geschwindigkeit erteilt. Das Innere hat jedenfalls eine langsamere Rotation, wodurch sich die Eigenbewegung der als „roter Fleck“ seit Jahrzehnten bekannten Stelle der Jupiteroberfläche leicht erklärt. Jedenfalls ist der „rote Fleck“ nicht als eine Art Lavasee aufzufassen, wie man es früher tat; er ist vielmehr ein See von sehr heißen Gasmassen, dessen Ufer aus kondensierten oder zähflüssigen Gasen besteht. Jedenfalls aber gehört er den tieferen Schichten an. Die Aequatorzone des Jupiters läuft als ein Strom zwischen gasförmigen Ufern, an deren Grenzen die Geschwindigkeit sehr schnell abnimmt, so daß hier die größten Störungen des Gleichgewichts auftreten. Die in der Aequatorgegend zutage tretenden Streifen sind eine einfache Folge der schnellen Umdrehung des Planten.

Der Spiegel.

Dem Neuen Weg (Gewerkschaftsorgan der Schauspieler) entnehmen wir folgende lustige Geschichte: Alexander Liebe gastierte bei einer reisenden Gesellschaft unweit Hannover als Hamlet. Der Direktor, geehrt durch die Anwesenheit eines solch berühmten Schauspielers, hatte das Stück gut probieren lassen und an Ausstattung aufgeboten, was nur zu haben war. Im zweiten Akte war das Zimmer des Schlosses, in dem Hamlet die Schauspieler empfängt, mit einem mächtigen Spiegel geschmückt, den das erste Hotel der Stadt hergeliehen hatte. Liebe hatte sich jede Hilfe des Souffleurs verbeten, und so bekam der einen ungewohnt leichten Abend. Wie Liebe begann:

Nun, Gott geleit euch! Jetzt bin ich allein,
O, welch ein Schurk und nieder Sklav bin ich!

zog der Souffleur sein Abendbrot gemächlich aus der Tasche, stellte eine Flasche Bier vor sich hin und aß in aller Seelenruhe sein Mitgebrachtes. Im Publikum entstand eine Unruhe, die immer mehr zunahm. Liebe konnte sich die Ursache nicht erklären. Er hörte Tuscheln und Kichern. An seiner Kleidung war doch alles in Ordnung. Ihm blieb nichts übrig, als schnell seinen Monolog zu Ende zu bringen. Als Liebe sich bei den Worten:

Das Schauspiel sei die Schlinge,
In die den König sein Gewissen bringe!

nach hinten wandte, sah er im Spiegel den gerade einen Schluck Bier trinkenden Souffleur. Der Hotelspiegel hatte die Vorgänge im Souffleurkasten dem Publikum verraten. –

Moral.

Wenn Banditen nur mit Dolchen morden,
Bleicht man ihren Schädel auf dem Holz;
Aber wenn der Helden Troß in Horden
Länder würget, sind die Helden stolz.

Wenn der Mann dem Manne, der ihm glaubet,
Seinen Säckel stiehlet, ist's Betrug
Aber Herrschsucht die Provinzen raubet,
Nennt der Staatskunst hohe Schule klug.

Durch der Politiken schiefe Brille
Ist Moralität ein Possenspiel
Und Gerechtigkeit nur eine Grille,
Die in Philosophenschädel fiel.

Arme Brüder, hat euch Gott zu Ketten,
Zu des Unsinns Eisenjoch gemacht?
Und vermag kein Rächer euch zu retten
Aus der Vorurteile langer Nacht? . . .

Johann Gottfried Seume.

Sport und Körperkultur.

Vergeudet keine Energie!

Keine Verleumdung und Verdrehung, keine Gewaltpolitik, keine Justizaktion und fordere sie noch so viel Opfer, kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Arbeiter-Organisationen einen Kulturfaktor allerersten Ranges darstellen. Ein organisierter Arbeiter ist ein Kulturträger; er dient der Zukunft der Menschheit. Seine Arbeit ergibt einen Baustein zu jenem mächtigen Bau, dem Ideal des freien Menschentums. Sie lebt, wenn er nicht mehr da ist, sie gibt Zeugnis von seinen Wünschen und Sehnen; sie ist unsterblich! — Deshalb soll der organisierte Arbeiter möglichst alle seine Kräfte zur Errichtung des fernen Zieles konzentrieren, nicht aber in Verzettelung seiner Kräfte, vielleicht gar noch seine Gegner unterstützen, also seine Arbeit vergeuden. Alle seine Kräfte sollen der Befreiung des Proletariats dienen. Deren Befreiungskampf kann aber nicht auf dem bürgerlichen Boden ausgefochten werden, möge das Bürgertum auch noch so viel von Freiheit reden, es dient doch nur dem Götzen Kapital und führt trotz aller Schönrederereien nur die Verelendung der Enterbten herbei!

Darum verlasset ihn, ihr freien Gewerkschaftler, ihr organisierten Arbeiter, den morschen bürgerlichen Boden und vergeudet nicht unnütz Energie! Hinaus aus den bürgerlichen Vereinen, wo man euch oft genug gar nicht einmal gern sieht, wo man euch Kulturträger bekämpft; wo ihr mithelft, eure ehrlichen Genossen zu bekämpfen. Zerstört nicht eure Arbeit, die Bausteine zu dem mächtigen Freiheitsbau. Spielt nicht den Verräter!

Aber wo sollen wir unsere Erholung suchen, wo sollen wir Körperpflege treiben, turnen, spielen usw., so höre ich sie fragen, diese Doppelmenschen! Ja, ihr kurzsichtigen Arbeiter, habt ihr gar kein Vertrauen zu dem Ideal der Zukunft? Meint ihr wirklich, daß es in diesem Ideal keinen Raum für Erholung, Körperpflege, Turnen und Spielen geben kann? O, noch viel mehr, viel schöner, edler und reiner! Aber von euch allen hängt es ab, wie wir diesem Ziel entgegengehen. Und es geht dorthin! Viele überzeugungstreue Kämpfer sind am Werk. Sie treiben vorwärts.

Seht euch die Arbeiterturnvereine an, bieten sie euch nicht die Betätigung wahrer Körperkultur? Hier findet man keine heuchlerische Politik, keine Kriecher nach Orden und dergleichen.

Wer fühlt es mehr, als der in öder Teilarbeit in der Werkstatt, in Fabrik, Hütte, Grube usw. schaffende Arbeiter, daß sein Geist, sein Körper verkümmert. Nur Bewegungsspiele können diese Schäden beseitigen. Deshalb fordern ja auch die Gewerkschaften eine Verkürzung der Arbeitszeit, um Zeit und Gelegenheit zu haben, den Geist und den Körper gesund zu erhalten. Und wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit erkämpft, wenn einige Stunden zur Erholung mit großen Opfern errungen wurden, dann dürft ihr nicht zu euren Gegnern gehen, um deren Reihen zu stärken und so an euren eigenen Genossen, an eurer eigenen Arbeit zum Verräter zu werden. Der freie Gewerkschaftler darf in keinem bürgerlichen Sportverein, in keinem bürgerlichen Turnverein sein, wenn er innerlich ehrlich sein will, denn dort werden seine und die Interessen seiner Klassengenossen in den Schmutz getreten. Für die organisierten Arbeiter können nur die Arbeiterturn- und Radlervereine in Betracht kommen, die eine große Schar Gleichgesinnter umfassen zu gemeinsamem Ziele. Durch eine gute mustergültige Zeitung werden sie über Sport und Körperpflege belehrt.

Wer sich für Touristik interessiert, wer gern in die Berge, Wälder und Felder wandert und für Naturschönheiten schwärmt, auch dem ist geholfen. Der Arbeiter-Touristenverein Die Naturfreunde hat bereits 23 000 Anhänger gefunden, es sind naturbegeisterte, wanderfreudige und sportlustige Arbeiter. Der Touristenverein hat eine eigene Zeitschrift, gegen die sich jede Konkurrenz verstecken kann. Da bekanntlich die Ausrüstungsstücke teuer sind, so hilft für deren möglichst billige Erwerbung der Verein wacker mit. Der Beitrag ist ein recht geringer, wofür aber auch noch die lehrreiche Zeitschrift geliefert wird.

Wer sangesfreudig ist und über gute Stimmittel verfügt, der findet in den trefflich geleiteten Arbeitergesangvereinen genügende und befriedigende Betätigung. Mit gleichgesinnten Seelen Freiheitslieder zu üben, der Pflege des wahren Volksliedes sich zu widmen, dürfte für einen organisierten Arbeiter größere Befriedigung ergeben, als im bürgerlichen Verein die Gesangsübungen ihm bieten können.

Neben der Pflege des Körpers aber auch die Pflege des Geistes: So allein, ihr organisierten Arbeiter, könnt ihr als ganze Kämpfer in die Reihen treten, so allein könnt ihr euren Interessen dienen, so allein könnt ihr des Erfolges eurer Arbeit sicher sein. Deshalb nochmals: Vergeudet keine Energie!

Politik und Sport.

Im Fußball, dem offiziellen Organ der süddeutschen Fußballvereine, lesen wir das Folgende:

Den Bemühungen gewisser Kreise, Politik, Sport und sogar das deutsche Stadion zu vermischen und daraus dann das erwünschte Kapital zu schlagen, hat der Deutsche Reichsausschuß für Olympische Spiele klugerweise einen Riegel vorgeschoben. Auf die letzthin von der Kartellorganisation der Groß-Berliner Arbeitersportvereine an den Deutschen Reichsausschuß gerichtete Anfrage betreffs Ueberlassung des deutschen Stadions an einem Sonntage zwecks Abhaltung eines Sportfestes durch die Arbeitersportvereine hat der Deutsche Reichsausschuß geantwortet, „daß er durchaus geneigt ist, das deutsche Stadion jedem Leibesübungen treibenden Verband, also auch den Arbeitersportvereinen, zwecks Abhaltung eines Sportfestes an einem Sonntage zu überlassen.“ Im weiteren Verlaufe seines Antwortschreibens nimmt dann der Deutsche Reichsausschuß noch Veranlassung, „ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß er grundsätzlich die Verquickung politischer und konfessioneller Fragen mit sportlichen Angelegenheiten in jeder Form ablehnt.“

Dieser Entschluß ist sicherlich begrüßenswert; wenn auch die „Bemühungen gewisser Kreise“ über die Verquickung von Sport und Politik nicht so ganz harmlos sind. Wir brauchen nur an die Tatsache zu erinnern, daß die meisten bürgerlichen Sportvereine ihren Anschluß an den „Jungdeutschlandbund“ vollzogen haben. Uebrigens, was ist es denn, wenn ganze Verbände und einzelne Vereine glauben, nicht ohne „hohe“ und „höchste Protektoren“ auskommen zu können? Heißt es doch offiziell am Kopf des „Fußball“ z. B.: „Verband süddeutscher Fußballvereine, E. V. Unter dem Protektorat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Alfons von Bayern.“ Andere Vereine haben ebenfalls unter dem Titel „hohe“ Protektoren stehen. Von sonstigen Dingen wollen wir ganz schweigen und nur noch feststellen, daß die meisten bürgerlichen Sportvereine bei jeder hurrapatriotischen Veranstaltung Staffage bilden müssen. Wer also Politik und Sport verquickt, kann sich jeder objektiv Denkende leicht zusammenreimen.

Lähmung beim Fußballspiel.

Professor Benedikt hat vor der Wiener Gesellschaft der Aerzte das Auftreten merkwürdiger Lähmungen bei Fußballspielern besprochen. Namentlich ist ihm eine Erscheinung aufgefallen, die bei einem von ihm behandelten Kranken eingetreten war. Dieser hatte beim Fußballspiel vorzugsweise mit dem linken Bein „geschossen“. Trotzdem trug er eine Lähmung auf dem rechten Bein davon. Benedikt erörtert im Anschluß an diese Beobachtung die alte Frage, ob die Mehrzahl der Menschen linksbeinig ist, entsprechend der Rechtshändigkeit. Die allgemeine Erfahrung scheint dieser Annahme recht zu geben. Namentlich dürfte es kein Zufall sein, daß der Soldat mit dem linken Bein zum Marsch antritt. Auch sonst ist das linke Bein häufig stärker entwickelt, und bei vielen ganz normal gebauten Leuten geht der Unterschied so weit, daß bei den heute fast immer fertig gekauften Stiefeln, die für beide Füße gleich hergestellt werden, der linke zu eng ist, während der rechte gerade paßt. Professor Benedikt zählt noch eine ganze Reihe von Tatsachen auf, die für eine Linksbeinigkeit des Menschen in Parallele zur Rechtshändigkeit sprechen. Er erklärt die Erscheinung so, daß bestimmte Muskelgruppen des linken Beines sich zu denselben des rechten so verhalten, wie die Muskeln des rechten Armes zu denen des linken. Damit ist freilich nur eine sehr allgemeine Auskunft gegeben, und es müßte nun erst nachgewiesen werden, worin die Unterschiede der Muskeln oder ihrer Anordnungen bestehen. Die genaue Untersuchung wird dabei selbstverständlich die Nerven und schließlich auch das Gehirn berücksichtigen müssen, wie denn bisher immer angenommen worden ist, daß die Rechts- oder Linkshändigkeit von dem Bau des Gehirns entschieden wird. Uebrigens nennt Professor Benedikt auch einen Einwand gegen die Vorherrschaft der Linksbeinigkeit, da ihm ein hervorragender Tanzlehrer versichert hat, daß bei jungen Ballettaspiranten das rechte Bein sich meist als geschickter bewährt und leichter zu virtuosen Kunststücken erzogen werden kann.

Körperpflege — ein Unterrichtsgegenstand?

Die Zeiten ändern sich. Die Schule, bis vor wenigen Jahrzehnten noch ausschließlich eine Pflegestätte für die geistigen Fähigkeiten des Kindes, will jetzt mehr und mehr den werdenden Menschen auch für das praktische Leben erziehen. Den hohen Anforderungen desselben kann indessen nur ein gesunder Mensch voll und ganz gerecht werden. Dies ist beispielsweise jetzt auch in dem amtlichen Grundlehrplan für die Volksschulen Groß-Berlins zum Ausdruck gekommen. Hiernach wird den Lehrern die Pflicht auferlegt, ihre Zöglinge immer von neuem zu einer vernünftigen Lebensweise anzuleiten, sowie auf gesunde Haltung, Kleidung und ausgiebige Atmung ihrer Schutzbefohlenen zu achten. Auch allerhand körperliche Bewegungen, wie Turnen, Spielen, Baden, Eislaufen, Rodeln usw. unter Aufsicht der Lehrer sollen dazu dienen, den heranwachsenden Körper auszubilden und zu kräftigen. Auch im Lehrplan selbst wird die Pflege des Körpers geeignete Berücksichtigung finden. Das ist ein sehr lobenswertes Beginnen, an das nur die Hoffnung geknüpft sei, daß es mit aller Tatkraft durchgeführt werden und auch nach Verlassen der Schule seine gute Wirkung ausüben möge! Je mehr der Sinn für Sport und Leibeswohl auch bei der Lehrerschaft Fortschritte macht, desto besser für unser ganzes Volk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140220-16/fragment/page=0010